

# Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (G. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: **S. G. G.**, Verleger: **A. Bringmann**,  
Beide in Hamburg.  
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg-Barmbeck, Festschiffstr. 28, 1.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 M.  
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

## Erklärung!

Im Namen des Gesamtvorstandes und Ausschusses erklären die Unterzeichneten Folgendes:

„Die in den Nummern 28 und 31 der „Eintigkeit“, Organ der Vertrauensmänner-Zentralisation von dem Regierungsbaumeister a. D. Kessler aufgestellte Behauptung, der Redakteur des „Zimmerer“, August Bringmann, sei seinerzeit vom Verbands gekauft, ist vollständig aus der Luft gegriffen und beruht in jeder Beziehung auf Unwahrheit.“

Wir stellen fest, daß weder Bringmann jemals an den Verband ein derartiges Ansuchen gestellt, noch ihm von den damaligen Verbandsfunktionären derartige Angebote gemacht oder irgendwelche persönliche Vortheile in Aussicht gestellt worden sind. Bringmann ist vielmehr aus besserer Ueberzeugung und wie die freie Vereinigung überhaupt, infolge der Kongressverhandlungen zu Gotha und den Beschlüssen der Generalversammlung des Verbandes zu Frankfurt a. M. zum Verbands übergetreten, um als Mitglied desselben an dem Aufbau und der Kräftigung der deutschen Zimmererbewegung mitzuarbeiten, was er durch seine Thätigkeit im Verbands in hervorragendem Maße bewiesen hat. Alle gegentheiligen Behauptungen sind aus der Luft gegriffen und wider besseres Wissen aufgestellt.

Daß Dem so ist, wissen Kessler und seine Handlanger sehr genau. Wenn er trotzdem derartige Verdächtigungen durch sein Schmutzblatt, welches in der deutschen Arbeiterbewegung isolirt dasteht, zu verbreiten sucht, so beweist dies nur, daß er moralisch vollständig defekt und zu allen Schandthaten fähig ist. Die Absicht ist zu durchsichtig! Kessler will weniger die Person als den Verband treffen; Mißmuth und Mißtrauen soll unter den Zimmerern Deutschlands gegen den Verband erzeugt, die einzige Waffe der Zimmerer Deutschlands, der Verband, soll zertrümmert werden. Diese Thätigkeit eines Menschen, welcher Klassenverwandt mit den Feinden der Arbeiterbewegung ist, liegt lediglich im Interesse der Unternehmer, der besitzenden Klasse. Ob und wie viel der Mann für sein schändliches Gewerbe bekommt, entzieht sich unserer Kenntniß. Bei der grenzenlosen Charakterlosigkeit und den großen Geldbedürfnissen dieses Menschen geht man sicherlich nicht fehl, wenn man annimmt, daß er für seinen Verrath, welchen er fortgesetzt an der deutschen Arbeiterbewegung begeht, Honorar bezieht und daß dasselbe nicht gering ist.

Glücklicher Weise ist der Verband in sich so gefestigt, daß solche erbärmliche Verleumdungen und Verdächtigungen eine Wirkung in demselben nicht hervorgerufen und an der Spitze desselben Männer stehen, welche zu jeder Zeit und unter allen Umständen gewillt und im Stande sind, solche erbärmlichen Wichte in die gebührenden Schranken zurück zu weisen.

Für den Verbandsauschuß: Für den Zentralvorstand:  
G. Giehr. Fr. Schrader.

## Die Bestimmung des Arbeitslohnes.

### II.

#### Arbeitslohn und Lebensmittelpreise.

-fk- Der Arbeiter ist, wie wir sahen, nicht nur Verkäufer seiner Arbeitskraft, sondern auch Käufer der verschiedenen Waaren, die er für sich und seine Familie zum Lebensunterhalte gebraucht. Deswegen muß ihn nicht nur die Frage interessieren, wie hoch der Lohn ist, den er für seine Arbeitsleistung bekommt, sondern auch die andere Frage, wie viel Gebrauchsgegenstände aller Art er sich für diesen Lohn kaufen kann. Außer der Höhe des Arbeitslohnes, der Dauer der Arbeits-

zeit und dem Grade der Intensität interessiert ihn aber auch die Höhe der Lebensmittelpreise.

Volkswirtschaftlich drückt man dies folgendermaßen aus: Ein Arbeiter verwandelt seine Waare Arbeitskraft in Geld und dieses Geld wieder in Lebensmittel nach folgendem Schema:

Waare Arbeitskraft — Geldlohn — Lebensmittel.

Der Geldlohn, als Mittelpunkt dieses Austauschdramas, befindet sich beide Male in der sogen. relativen Werthform; er drückt seinen Werth aus einerseits in dem Werthe der Waare Arbeitskraft und andererseits in dem Gesamtwerte der Gebrauchswaaren. Bezeichnen wir den Geldlohn mit  $G$ , den Werth der Arbeitskraft mit  $a$  und den Werth der Unterhaltsmittel mit  $u$ , so ergeben sich folgende beiden Gleichungen:

$$G = a \quad G = u$$

Nach den Regeln der Mathematik kann das eine Glied einer Gleichung dadurch vergrößert werden, daß man zu ihm etwas hinzufügt oder von dem anderen etwas abnimmt. Die Absicht der Arbeiterklasse geht nun dahin, den Geldlohn zu erhöhen. Dies läßt sich also dadurch bewirken, daß man den Lohn selbst erhöht oder daß man das für den Lohn gelieferte Quantum Arbeitskraft vermindert, oder endlich, daß man den Preis der Unterhaltsmittel herabdrückt. Eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse läßt sich somit auf vier verschiedenen Wegen erreichen: 1. der Arbeitslohn wird erhöht; 2. die Arbeitszeit wird verkürzt; 3. die Intensität der Arbeit wird gehemmt; 4. der Preis der Lebensmittel wird erniedrigt. Selbstverständlich können auch mehrere dieser Wege zugleich eingeschlagen werden. Umgekehrt kann das Unternehmertum das Verhältniß zu Ungunsten der Arbeiterklasse verändern, indem es die entgegengesetzten Wege einschlägt. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit dreht sich also im Wesentlichen um den Arbeitslohn, die Arbeitszeit, die Arbeitsleistung und die Lebensmittelpreise. Die drei ersten Differenzpunkte bilden einen Gegenstand des gewerkschaftlichen Kampfes, wobei die politische Arbeiterpartei die Hilfskräfte stellt; der letzte Punkt kann nur auf dem Felde der Politik entschieden werden, weshalb in diesem Falle die politische Arbeiterpartei im Vordertreffen steht und von den Gewerkschaften unterstützt werden muß.

Augenblicklich steht der letzte Punkt im Vordergrund des Interesses. Was nämlich die Frage der Lebensmittelpreise anbetrifft, so ist ja, wie allgemein bekannt, der Kapitalismus mit Macht darüber aus, diese Preise in die Höhe zu bringen, wobei er von der Regierung des Klassenstaates thatkräftig unterstützt wird. Die Kapitalisten haben nicht nur die Absicht, dem Arbeiter für seine Arbeit möglichst niedrige Löhne zu zahlen, sondern sie verfolgen auch den Zweck, ihm die Lebensmittel möglichst theuer zu verkaufen. Bald macht die eine Kapitalistengruppe einen Raubzug, bald die andere; trotz ihrer sonstigen Zwietracht sind sie sofort wieder einig, wenn es gilt, die Arbeiter über den Köffel zu barbieren.

Die erste Gruppe dieser Räuber, die gegenwärtig Oberwasser hat, wird gebildet durch „die nothleidenden Agrarier“, die seit Jahren nach einer Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel schreien und auf dem Sprunge stehen, bei Gelegenheit der neuen Zolltarife einen unverkündeten Beutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes zu unternehmen. Sie wollen einen Zolltarif durchdrücken, wonach die Zölle auf Lebensmittel mindestens verdoppelt werden sollen. Dieser Versuch wird ohne Zweifel von Erfolg begleitet sein, denn nicht nur die Regierung kommt den agrarischen Schreibern so weit wie möglich entgegen, sondern auch der Reichstag, der stark agrarisch verfeuchtet ist, wird die Forderungen der frechen Junkersippe bewilligen. Unter der Devise: „Schutz der nothleidenden Landwirtschaft!“ schaaren sich die wankelmüthigen Halbagrarier mit den Voll-

blutagrariern zusammen, um die Zollsätze nach Möglichkeit in die Höhe zu treiben. Abgesehen von den Konservativen, den Antisemiten und dem Centrum, in welchem die offenen und versteckten Agrarier die Oberhand haben, werden auch die Nationalliberalen, nach einem Beschluß ihres letzten Parteitages, für einen höheren Zollsatz eintreten, durch den die Interessen der Landwirtschaft besser als bisher gewahrt bleiben.

Dieser höhere Zollsatz, der hier in Aussicht gestellt wird, soll natürlich den Zweck haben, die landwirtschaftlichen Produkte des Auslandes entweder von unseren Grenzen fern zu halten, oder sie wenigstens so sehr zu vertheuern, daß sie den einheimischen keine Konkurrenz mehr machen können. Auf jeden Fall wird infolge der erhöhten Zölle eine Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel eintreten und der Arbeiter wird genöthigt sein, tiefer in den Geldbeutel zu greifen oder, wenn ihm dies nicht möglich ist, den Hungerriemen fester zu schnallen. Zu Gunsten des Agrariertums werden also der Arbeiterklasse neue Lasten aufgebürdet, oder, anders ausgedrückt, die Arbeiter müssen von ihrem ohnehin knappen Lohn noch mehr abgeben als bisher, damit die Agrarier standesgemäß leben können.

Die Agrarier spielen heutzutage mit offenen Karten. Während ihre Wortführer früher stets besirren haben, bei Beginn der schutzöllnerischen Aera, daß durch die Schutzzölle die inländischen Produkte vertheuert würden, und behaupteten, das Ausland bezahle den Zoll, geben sie heute diese Vertheuerung unumwunden zu; sie erklären laut und deutlich, daß die Schutzzölle den Zweck hätten, das einheimische Korn, Fleisch usw. zu vertheuern, um hierdurch den Betrieb der Landwirtschaft erst rentabel und einträglich zu gestalten. Unverschämte, wie diese Leute nun einmal sind, pochen sie auf ihr „gutes Recht“, die Arbeiter zu brandschlagen, und anstatt durch Fleiß und Verbesserung der Bewirtschaftungsmethoden den Ertrag ihrer Güter zu steigern, schreien sie nach Staatshilfe und predigen den Grundsatz, daß alle nichtagrarischen Staatsbürger verpflichtet seien, zur Unterstützung der nothleidenden Landwirthe ihre Lebensmittel theurer zu bezahlen. Es ist diesen Leuten ganz gleichgültig, daß der Schutz der Landwirtschaft nur erreicht werden kann durch eine gewaltige Mehrbelastung der übrigen Volkskreise; das Agrariertum steht da wie ein gepanzerter Ritter des Mittelalters, der ohne die geringste Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl seinen Vortheil mit Gewalt vertheidigt. Man glaubt sich in die Zeiten des Faustrechts zurückversetzt, wenn man beobachtet, mit welcher Unverschämtheit dieses moderne Raubrittertum von den übrigen Staatsbürgern seinen Tribut fordert.

Wir haben wohl nicht nöthig, unseren Lesern erst noch den Nachweis zu erbringen, wie schädlich diese höheren Lebensmittelpreise auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wirken werden. Ebenso wenig glauben wir nicht nöthig zu haben, zu erwähnen, daß wir Arbeiter fürwahr keine Verpflichtung fühlen, zu Gunsten der schlecht und darum unrentabel wirtschaftenden Agrarier neue Lasten auf unsere Schultern zu laden und daß das Gefasel von der Solidarität der Interessen eines Volkes, wie wir es neulich von dem christlichen Gewerkschaftsführer Giesberts hören mußten, im Munde eines Agrariers wie blutiger Hohn klingt. Leute, die keinem anderen Menschen als sich selbst etwas gönnen und die thatächlich glauben, sie seien allein in der Welt, wagen es, von Solidaritätsgefühl zu reden — wahrlich, das ist der Gipfelpunkt der Frechheit. Die unverschämte Agrariersippe, die niemals den Rachen voll kriegen kann, schreit bei jeder Forderung der Arbeiter über Begehrlichkeit und Unverschämtheit. Und da sollten die Arbeiter so dumm sein und sich als Päckel von den Agrariern benutzen lassen? Nimmermehr! Flammanden Protest müssen sie erheben

gegen diesen volksfeindlichen Ausbeutungsversuch, alle Kraft müssen sie zusammennehmen, um diese modernen Raubritter und Lebensmittelwucherer auf ihre langen Finger zu klopfen und ihnen die Geierkrallen zu beschneiden. Je schwerer es den Arbeitern wird, eine nennenswerthe Erhöhung ihres Lohnes durchzusetzen, desto energischer müssen sie dem Versuch entgegenzutreten, durch Erhöhung der Zölle den Arbeitslohn indirekt herabzudrücken.

Außer dieser ausbeuterischen Zollpolitik beobachten wir seit einigen Jahren noch eine andere, auf Vertheuerung der Lebensmittel gerichtete Strömung, die in den Unternehmertartellen, den sogenannten Trusts, Syndikaten oder Ringen, zu Tage tritt. Nehmen wir als Beispiel den Ring der Seifenfabrikanten. Diese Leute haben sich vereinigt zu dem Zwecke, den Preis der Seife in die Höhe zu treiben, wodurch ihnen ungeheure Gewinne in den Schooß fallen. Diejenigen ihrer Kollegen, die sich trotz allen Zuredens nicht anschließen wollen, suchen sie durch einen rücksichtslos durchgeführten Boykott auf's Trockene zu setzen und zur Uebergabe zu zwingen; sie sperren ihnen die Zufuhr von Rohmaterialien und Arbeitsmitteln, sie nehmen ihnen durch planmäßige Preisunterbietung die Kundschaft weg, sie drohen mit Verrufserklärung, kurz: sie üben einen Terrorismus aus gegen ihre unbotmäßigen Kollegen, der, wenn er von streikenden Arbeitern geübt würde, Polizei, Staatsanwalt, Gerichte und Behörden in eine fieberhafte Erregung setzen würde. In den allermeisten Fällen erreichen diese „organisirten Räuberbanden“ ihren Zweck, das konsumierende Publikum gründlich und nach allen Regeln der Kunst zu brandschlagen.

Je weiter diese Ringbildung fortschreitet und je mehr Produktionsgruppen sie ergreift, desto schlimmer und gemeingefährlicher wird diese Brandschlagung der Arbeiterklasse; noch viel unhaltbarer wird dieser Zustand werden, wenn die erhöhten Zölle erst in Kraft treten. Schon heute spürt eine Hausfrau die unheilvolle Wirkung der Lebensmittelwucherer an den erhöhten Preisen für Seife, Petroleum, Zucker, Steinkohlen usw., und später wird sie dies noch viel mehr gewahr werden. Sie muß eben für dasselbe Quantum Waaren mehr ausgeben als früher, oder vielmehr, sie kann, da das ihr zur Verfügung stehende Hausstandsgeld nach oben begrenzt ist, weniger einkaufen als früher; sie muß sich einschränken und die Familie muß den Hungerkramen fester um den Leib schnallen. Rein rechnerisch betrachtet liegt die Sache so: Vertheuert sich die Gesamtsumme der Lebensmittel um 10 pZt., so sinkt dadurch der Arbeitslohn ebenfalls um 10 pZt.; ein nomineller Wochenlohn von M. 20 ist in Wirklichkeit ein solcher von M. 18, da man heute für M. 20 nur so viel kaufen kann, wie vorher für M. 18. Eine Vertheuerung der Lebensmittel bedeutet also eine Verminderung des Arbeitslohnes und damit eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter.

Da nun die organisirten Arbeiter eine Erhöhung des Arbeitslohnes und damit der Lebenshaltung bezwecken, so müssen sie selbstverständlich den niederdrückenden Tendenzen des Unternehmertums auch nach dieser Richtung hin entgegenarbeiten. Auf rein gewerkschaftlichem Wege wird ihnen dies unmöglich sein, sie müssen vielmehr politischen Einfluß zu gewinnen suchen, um den Staat zu zwingen, den modernen Raubrittern das Handwerk zu legen. Hieraus ergiebt sich die Nothwendigkeit einer politischen Arbeiterbewegung. Die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter müssen daher alle diejenigen Maßregeln unterstützen, die geeignet sind, den Staat gegen das Ausbeutertum zu stärken; es ist nämlich dringend nötig, daß der Staat endlich einmal vernünftige Sozialpolitik treibt, anstatt, wie es heute noch vielfach der Fall ist, seine Kräfte in Kleinigkeitskränkereien und Arbeiterdiskriminierungen zu verzetteln.

Um den Staat hierzu zu veranlassen, sind aber starke gewerkschaftliche und politische Arbeiterorganisationen von Nothen.

## Das Recht auf Ausbeutung.

Th. Berlin, 26. August 1901.

Es ist offenbar einem bürgerlich denkenden Verstandsklassen ungemün schwer, manchmal sogar unmöglich, die Konsequenzen des eigenen Systems zu begreifen. Obwohl die Unantastbarkeit des kapitalistischen Systems und damit die wirtschaftliche Abhängigkeit des Nichtbesitzenden vom Bestehenden in allen bürgerlich- und zwanzig Dur- und Moltonarten als Evangelium verkündet wird, erschrecken die guten Leute doch, wenn dieses ihr System mit seinem Rechte auf Ausbeutung den wirtschaftlich Abhängigen durch die Unabhängigen sich in solchen Konsequenzen zeigt, die auch ihm unangenehm fühlbar werden. Daß der Proletarier zu der Strafe verurtheilt ist, lebenslang „freier“

Lothararbeiter zu sein und daß er den täglichen Angriffen der kapitalistischen Raubthiere ausgesetzt ist, erscheint jenen Leuten selbstverständlich. Dazu ist er eben Arbeiter, und wenn er sich ein wenig vor dem Raubthiere schützen will, so ist das eine unverschämte, den Bestand des Staatswesens gefährdende Auflehnung gegen Gottes Ordnung, die durch Zuchthausstrafe und Klassenjustiz unterdrückt werden muß. Aber gegen ihn selbst, der die kapitalistische Ordnung ja doch verteidigt, soll das Recht auf Ausbeutung nicht angewendet werden dürfen. Das wäre gegen die Abrede; da wird er wild, vergißt seine kapitalfromme Erziehung und fängt gar greulich an zu schelten. Suht so, wie die Agrarier drohen, Sozialdemokraten werden zu wollen, wenn die Regierung ihnen nicht gehoramt, so kündigen auch jene Leute dem Rechte auf Ausbeutung ihre Feindschaft an, wenn es seine Krallen nach ihnen ausstreckt.

Einen solchen Seitensprung, der zwar durchaus nicht rollenwidrig war, aber den sonstigen Befürwortern des Rechts auf Ausbeutung an die Finger brannte und darum ihre heftigsten Lamentationen verursacht hat, erlaubte sich der als städtischer Haus- und Grundbesitzer raubende Kapitalismus auf seinem vorvergangenen Woche in Hannover abgehaltenen diesjährigen Verbandstage. Mit herzerfrischender Frechheit wurde dabei das unbeschränkte Recht auf Ausbeutung der Miether durch den Hauswirth als ganz selbstverständlich im Interesse der Staatserhaltung proklamirt, und Jeder, der dieses Recht nur im geringsten anzutasten wagte, bekam den landesüblichen Vorwurf an den Kopf geworfen, er sei ein Umstürzler, wolle die bestehende Gesellschaftsordnung niederreißen und den sozialdemokratischen Zukunftsstaat einführen. Im offiziellen Jahresbericht der Haus- und Grundbesitzervereine finden sich dem entsprechend unter Anderem folgende Perlen hausagrarischer Anschauungen:

Die neuerlichen Ministerialerlasse zur Hebung der Wohnungsnoth sind überflüssig, da eine Wohnungsnoth überhaupt nicht besteht, in einigen Städten sogar — wörtlich — „ein kolossaler Ueberfluß an Wohnungen herrscht!“ Nur die „Miethpreller“ finden nicht mehr so leicht Wohnung wie früher. Sene Ministerialerlasse zur Hebung der Wohnungsnoth befürden darum nur die Gemeinden „mit unerschwinglichen Lasten“ und laufen „auf nichts Geringeres hinaus, als auf die Vernichtung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung“. — Die Begünstigung der Baugenossenschaften durch die Gemeinden ist „lediglich eine illegitime (d. h. ungesetzliche) Konkurrenz“, die den Hausbesitzern bereitet wird. — Der Bericht spricht ferner von einer Baugenossenschafts-Epidemie und von einer Erbbaurechts-Krankheit, von denen eine Anzahl städtischer Bauverwaltungen befallen seien.

Diese Proben von fanatischer, jeder vernünftigen Erwägung unzugänglicher Ausbeutungsgier genügen zwar schon vollauf, doch in den Verhandlungen ließen die Herren Grundstücksbesitzer ihre Gelüste noch freier schießen. So wurde ein Antrag angenommen, es solle ein Ausschuß eingeseht werden „zur Ueberwachung der Wohnungs- und Baugenossenschaftsfrage“. Der Verein Berlin-West verlangte, der Kauf und Verkauf von Grundstücken solle auch durch Privaturlunden rechtsgültig vereinbart werden können und der entgegenstehende § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Aufhebung gelangen. Der Hausbesitzerverein Süden-Berlin, der ja schon so manchen Beweis seiner von keiner sozialen Blässe angefränkelten Paschahohheit geliefert hat, verlangte kurz und bündig, den Orts- und Landesbehörden solle jeder Eingriff in die Entwicklung des Wohnungswesens verboten werden, da die „Förderung und Bevorzugung des Baues von Wohnungen für Privatpersonen und Beamte eine Ungerechtigkeit gegen die anderen, nicht bevorzugten Gesellschaftsklassen darstelle“. Wie lieb, wie süß! Die Hausprogen von Berlin-Süd sind so abgesagte Feinde jeder Ungerechtigkeit, daß sie nicht leiden mögen, wenn nur ein einziger Privater und Beamter durch städtische Bauförderung Vorthelle geboten werden! Die artige Heuchelei, mit welcher hier die Angst um's bedrohte gleiche Recht vor das Loch der Miethzinsknapper geschoben wird, kann freilich nicht weiter auffallen in einer Zeit, in welcher die Flottenmilliarde mit der Begründung bewilligt wurde, es erhielten dadurch einige Tausend Arbeiter Beschäftigung — in einer Zeit, die sich aufreden läßt, der Hummzug nach China sei im Interesse der Kultur unternommen worden.

Der Vertreter des Antrages Berlin-Süd erklärte, in der Unterstützung der Baugenossenschaften sei der Anfang des sozialdemokratischen „Zukunftsstaates“ zu erblicken; er rief nach einem Bismarck, der ein kräftiges Halt gebiete. Die Bauarbeiterlöhne seien infolge sozialdemokratischer Verheißung um 40 pZt. gestiegen, während sich gleichzeitig die Arbeitsleistung um 100 pZt. vermindert habe, so daß ein Hausbau, der 1885 M. 100 000 gekostet habe, jetzt M. 280 000 koste. Der Architekt Küster aus Hannover warf noch einige saftige Gewürzstengel in die von den erbosten Hausbesitzern angerührte Brühle, indem er meinte, in Hannover ständen viele kleine Wohnungen für M. 250—300 leer, aber die Arbeiter wollten sie nicht, weil sie ein eigenes Heim strebten — wahrscheinlich eine hübsche Villa mit einem Park — „was von oben her unterstützt werde“. Von einem Wohlwollen

der Hausbesitzer gegenüber den Arbeitern zur Erbauung von Arbeiterwohnungen könne keine Rede sein. Mit Unterstützung der Baugenossenschaften und des Erbbaurechts arbeite die Regierung der Sozialdemokratie in die Hände; und wenn sie den sozialdemokratischen Zukunftsstaat wolle, so möge sie es sagen; es könne dann dahin kommen, daß erbitterte Hausbesitzer sagten: „Reich können wir nicht werden, wir bleiben also arm und werden Sozialdemokraten.“ Das Geschrei über die Wohnungsnoth sei nur blinder Lärm, eine falsche Vorpiegelung der Baugenossenschaften und der Regierung.

Man hört schon die schweren Thrämentropfen von „erbitterten Hausbesitzern“ auf dem Boden aufklatschen, wenn sie sich entschließen müssen, Sozialdemokraten zu werden, „weil sie arm bleiben“.

Der Vorkigende des Verbandes städtischer Hausbesitzervereine ist der Baumeister Hartwig in Dresden, den unsere dortigen Genossen so gut kennen, daß schon beim bloßen Nennen seines Namens ein vielfagendes Lächeln über ihr Gesicht huscht. Der Mann ist Antisemit und in mehrere brenzliche Affairen verwickelt gewesen. Man nimmt ihm nichts mehr übel, weil man ihn nicht mehr ernst nimmt. Er erklärte auf dem Verbandstage, er habe sich persönlich an den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes gewendet und sich beschwert, daß die Alters- und Invaliden-Anstalten den Baugenossenschaften hohe Hypotheken-Kapitalien zu billigem Zinsfuß vorstreckten und darauf hingewiesen, daß, wenn diese Bevorzugung nicht aufhöre, der Verband der Hausbesitzervereine einen allgemeinen Kampf gegen die Baugenossenschaften eröffnen und eine Warnung gegen den Bau von Arbeiterwohnungen über ganz Deutschland richten werde. — An der Größe des Mühlchens fehlt es also bei Hartwig nicht. Dabei hatte er die geradezu antisemitische Dreistigkeit, in seiner Eröffnungsrede hervorzuheben, die Hausbesitzer erstreben keine Vortheile, sondern nur gleiches Recht für Alle; auch wollten sie in Ruhe und Frieden mit den Mietlern leben, denn auf deren Wohlfahrt und Wohlstand beruhe das Wohlergehen der Hausbesitzer.

Von dem Grade seiner sozialen Einsicht zeugte Hartwig's Hinweis: in den gleichen und in noch schlechteren Wohnungen hätten unsere Väter und Vorfäter gelebt, wären darin gesund und stark geworden und zweifellos idealer geartet gewesen, als das heutige Geschlecht. Für die körperliche, geistige und sittliche Gesundheit des Volkes seien also die Wohnungsverhältnisse nicht ausschlaggebend. — Mehr kann man auch von einem Antisemiten, selbst wenn er Hartwig heißt, in Dresden wohnt und Baumeister ist, billigerweise nicht verlangen. Die Beweisführung steht etwa auf derselben Höhe, wie wenn man sagen wollte: Es gab schon früher närrische Zwickel, obwohl es da noch keine Antisemiten und keine Hartwigs gab.

Es kann natürlich nicht beabsichtigt sein, an dieser Stelle gegen die auf dem Verbandstage in Hannover seitens der Hausbesitzer gestellten Forderungen und gegen ihre ganze soziale Auffassung zu polemisieren. Es ist das auch nicht nothwendig, da der Arbeiter besser als jeder andere über den Umfang, die Größe und den Einfluß des Wohnungswesens Bescheid weiß, ein Glend, das sich ebensowohl zeigt in dem Mangel an Wohnungen als auch im hohen Preise derselben. Die verschiedenen Verufe der Bauarbeiter, die an ihren verheerlichen Prinzipalen täglich sehen, wie „arm“ die bedauernswerthen Baubekleideten werden, bedürfen erst recht nicht einer besonderen Aufklärung. Es sollte nur durch die Wiedergabe einiger anerkannter Sätze gezeigt werden, bis zu welcher Grenzenlosigkeit von den in Hannover vertretenen Hausbesitzern ihr Recht auf unbeschränkte Ausbeutung der Miether geltend gemacht worden ist, und zwar als eines Rechtes, dessen Beschränkung ihnen als Raub erscheint, in dessen ewiger, ungekürzter Ausnützung sie von Staatswegen geschügt werden müssen, wenn der Staat nicht Gefahr laufen will, daß die Hausbesitzer mit Sang und Klang in's Lager der vaterlandslosen Rotte abschwenken.

Und doch! Haben die Hausbesitzer nicht vollständig recht, wenn sie im Namen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung die ungeschmälerete Sicherung ihres Ausbeutungsrechtes beanspruchen? Besteht denn nicht diese ganze famose Staatsordnung darin, daß der wirtschaftlich Starke den wirtschaftlich Schwachen ausbeutet? Und bezieht sich das nur auf die Lohnarbeiter? Ist nicht auch der Kunstmalter — es sei denn, daß er ein Liebling der Salons ist, was durchaus nicht mit wirklich großen künstlerischen Leistungen gleichbedeutend zu sein braucht — fast willenlos in die Hand des kapitalistischen Kunsthändlers gegeben? Beutet nicht der Theateragent die Schauspieler und Schauspielerinnen aus wie ein Vampyr sein Opfer? Verdient nicht der kapitalistische Verleger an den Werken des fleißigen Gelehrten und fähigen Schriftstellers ein Vermögen, während die Autoren kaum jemals aus den drückendsten Sorgen herauskommen? Man verweise nicht auf die paar Dugend Künstler und Schriftsteller, die reich geworden sind. Das sind wenige Ausnahmen. In der Hauptsache leiden die freien Künstlerberufe aller Art genau so unter dem vom Kapital ausgeübten Rechte der Ausbeutung wie die Lohnarbeiter. Und schützt der „Vater“ Staat nicht dieses Recht der Ausbeutung? Legt er nicht den Konsumvereinen der Arbeiter allerlei Hindernisse in den Weg, damit das Ausbeutungsrecht

des Kleinkrämers nicht gestört werde? War nicht das Zucht-  
hausgesetz gleichfalls nicht weiter, als der Versuch des Staates,  
den Lohnarbeiter wehrlos zu machen gegenüber dem Aus-  
beutungsrecht des Kapitals? Und was ist der geplante Brot-  
wucher, der Bücher mit den Böllen auf allerhand Industrie-  
produkte, das Bestreben des Berliner Milchringes auf Mono-  
polisierung der Milchlieferung anders als eine Bethätigung des  
Rechts auf Ausbeutung? Darf man es also den Hausbesitzern  
verübeln, wenn sie gleiche Rücksicht fordern? Jedenfalls haben  
alle diejenigen, die das heutige Staatssystem anerkennen, kein  
Recht, gegen den Hannover'schen Tusch der Mietzinspaßkäse  
aufzumucken, denn diese sind konsequent geblieben. Nicht kon-  
sequent sind dagegen die Opponenten aus dem bürgerlichen  
Lager.

Lebighich wir Sozialdemokraten haben das Recht, die Leute,  
die die Hannover'schen Beschlüsse gefaßt und die dort zu Tage  
beförderten Ansichten gutgeheißen haben, als Das zu bezeichnen,  
was sie sind, nämlich als rohe Barbaren, als Schlächter der  
Volksgeundheit, als Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld.  
Das Trostlosste dabei ist, daß sich unter den Haus-  
besitzern eine Unmasse von Leuten befindet, denen kaum der  
Biegel auf dem Dache gehört, die also in gewissem Sinne einen  
sozialen Betrug begehen, wenn sie sich als Hausbesitzer aus-  
geben, während ihnen tatsächlich nur die Schulden gehören,  
die auf dem Hause ruhen. Obwohl also diese Leute nicht  
einmal Kapitalisten sind, beanspruchen sie doch das Ausbeutungs-  
recht derselben und wenn's an's Klagen und Schreien über die  
schlechten Zeiten und die noch schlechteren Miethen geht, dann  
sind nicht selten eben diese Palmi-Besitzer die Schlimmsten.

Das Recht auf Ausbeutung für die Besitzenden, ausgeübt  
an den Nichtbesitzenden und darum wirtschaftlich Abhängigen,  
ist untrennbar mit der heutigen Staatsordnung verbunden.  
Wer die Ausbeutung beseitigen will, muß dieses ganze Staats-  
wesen beseitigen und durch ein naturgemäßes, gesundes System  
ersetzen, in dem für Alle Lust und Licht, Leben, Freude und  
Recht ist. Und das wollen wir, und das werden wir!



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wegen Vergehens gegen den § 9 Absatz 2 des Statuts  
sind nachstehende Mitglieder aus dem Zentralverbande aus-  
geschlossen worden:

Von der Zahlstelle Roswig: Fr. Bod (67545);  
Köln a. N.: E. Hopfack (4907), E. Wauer (68 897), F. Eich  
(69 884), Fr. Klein (74 696), M. Becker (74 703), Th. Eich  
(79 223), H. Gögelmann (48 252), D. Gründel (67 926), H. Mütz  
(67 942), A. Schmidt (79 244), E. Deckstein (79 245), Fr. Busch  
(79 252), W. Schrader (79 254), D. Wohlgezogen (44 711),  
F. Kubella (84 537), S. Newzella (84 538), S. Mütz (84 544),  
Fr. Sieren (86 755), H. Mandt I (86 764). Ferner wurde  
vom Vorstand noch nachträglich ausgeschlossen das Mitglied  
G. Pöschel (88 249).  
Der Zentralvorstand.

### Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in **Bramstedt, Reufloster in  
Mecklb., Querfurt, Warin und Wernigerode.**  
Platzperre ist verhängt in **Wolgast** über die  
Mittengesellschaft vorm. Kräft.  
Ausgesperrt sind die Kameraden in **Brenzlan.**

**Streik-Ende in Köln.** Wir berichteten bereits in der  
vorigen Nummer, daß unsere Kameraden das Gewerbegericht als  
Einigungsamt anrufen haben. Auf ihren diesbezüglichen  
Antrag erhielten sie am 15. August vom Gewerbegericht  
folgendes Schreiben:

Königl. Gewerbegericht. Köln, den 15. August 1901.  
Auf den Antrag vom 10. August theile ich Ihnen ergebenst  
mit, daß die Innungsversammlung auf meine Anfrage, ob  
die Meister ebenfalls zur Anrufung des Einigungsamtes  
bereit seien, nach Mittheilung des Vorstandes der Zimmer-  
meisterinnung folgenden Beschluß gefaßt hat: „Die Mitglieder  
sind wie bisher bereit, bis auf Weiteres bei gegenseitiger  
vierteljährlicher Kündigung den arbeitswilligen Zimmerge-  
fellen für die Arbeitsstunde 60  $\frac{1}{2}$  zu zahlen. Jungge-  
fellen erhalten in den beiden ersten Jahren nach der Lehre 47  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn.  
Die Arbeitsbedingungen sind die bisher üblichen. Im Uebrigen  
lehnen die Meister ab, vor dem Einigungsamt für längere  
Zeit sich festzulegen.“

Der Vorsitzende des königl. Gewerbegerichts.

A. Decker.

Es wurden nimmehr von unserem Verbandsvorsitzenden  
Verhandlungen angebahnt, jedoch ohne Erfolg. Während der  
letzten Woche hatte sich die Situation für eine erfolgreiche  
Beendigung des Streiks für unsere Kameraden wesentlich ver-  
schlechtert. Es war den Meistern gelungen, trotz der scharfen  
Wahntontrolle, Streikbrecher in großer Zahl einzuschleppen.  
Hierzu kam noch, daß Maurer und Bauhilfsarbeiter, Zimmer-  
arbeiten verrichteten und somit jede Aussicht auf Erfolg in Frage  
stellten. Verschweigen wollen wir aber auch nicht, daß von den  
Streikenden 19 Mann die ehrlöse Handlung des Streikbruchs  
begingen. Am 18. August wurde in einer öffentlichen Zimmerer-  
versammlung die Situation klar gelegt und beschlossen, da erstens

auf die Durchführung der gestellten Forderungen nicht mehr zu  
rechnen sei, zweitens, da es Aufgabe der Kölner Zimmerer sein  
muß, möglichst bald wieder Einfluß auf Bauten und Plänen  
zu gewinnen, ist der Streik für beendet zu erklären und die  
Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Montag, den  
19. August, traten 60 Mann in Arbeit und werden die Anderen,  
soweit sie noch nicht Arbeit erhalten, im Laufe dieser Woche  
Beschäftigung finden. Obwohl nun der Streik in Köln beendet  
ist, macht sich aber die Fernhaltung des Zuguges doch noch  
notwendig.

**Streik-Ende in Landsberg a. d. W.** Am 21. August  
fand wieder eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, in  
welcher eine Vereinbarung dahingehend zu Stande kam, daß bis  
1. Juni 1902 ein Stundenlohn von 37  $\frac{1}{2}$  und von da ab bis  
1. Juni 1903 ein solcher von 38  $\frac{1}{2}$  gezahlt werde.

**Lohnreduzierung in Striegan.** Am 10. August wurde  
allen Zimmerern und Mauern mitgetheilt, daß der Lohn um  
2  $\frac{1}{2}$  pro Stunde reduziert werden soll; die schlechte Geschäftslage  
soll die Meister dazu veranlaßt haben. Unsere Kameraden  
werden sofort eine Erhebung über die jetzt gezahlten Löhne  
sowie über die Bauhäufigkeit vornehmen. Sie sind nicht gewillt,  
die Folgen der Geschäftsflaute allein zu tragen.

**Streik in Querfurt.** Am Stande des Streiks hat sich  
im Laufe der letzten beiden Wochen wenig verändert. In der  
letzten Woche fand eine Verhandlung unter dem Vorsitz des  
Bürgermeisters statt, in welcher sich die Unternehmer bereit er-  
klärten, den Stundenlohn um 1  $\frac{1}{2}$  zu erhöhen, der dadurch  
entstandene Lohnsatz von 32  $\frac{1}{2}$  sollte dann auf fünf Jahre fest-  
gelegt werden. Diefem Vorschlage konnten unsere Kameraden  
ihre Zustimmung nicht geben. Um aber weitere Verhandlungen  
zu ermöglichen, setzten sie ihre Lohnforderung auf 34  $\frac{1}{2}$  pro  
Stunde herab. Da die Unternehmer hierauf nicht eingingen,  
konnte ein Resultat nicht erzielt werden. Die Zahl der Streiken-  
den beträgt 20. Zugang muß nach wie vor fern gehalten werden.

**Die Lohnbewegung in Kassel.** Im vorigen Jahre haben  
unsere Kameraden der Innung Forderungen unterbreitet, welche mit  
dem 1. April 1901 in Kraft treten sollten. Die Innung hat es aber  
abgelehnt, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im  
Zimmergewerbe herbeizuführen, die Thätigkeit vielmehr einer freien  
Vereinigung der Zimmermeister von Kassel und Umgegend über-  
tragen. Von dieser Vereinigung sind nun folgende „Lohn-  
vorschriften“ herausgegeben worden.

§ 1. Die Lohnvorschriften gelten für alle Mitglieder der  
Freien Vereinigung der Zimmermeister Kassels und Umgegend  
und bilden eine Ergänzung der Satzungen dieser Vereinigung.

§ 2. Die Höchsthöhe betragen bis auf Weiteres:  
1. Für Postengefellen ..... 42  $\frac{1}{2}$  pro Stunde.  
2. „ einen tüchtigen Gefellen 40 „ „ „  
3. „ Arbeiter ..... 32 „ „ „

Wenn die Gefellen Abends und Morgens von der Schlaf-  
stelle aus mehr als eine halbe Stunde weiter zur Baustelle als  
zum Zimmerplatz oder Werkstätt zu gehen haben und diese Baustelle  
außerhalb des Stadtbezirks liegt, so erhöhen sich vor-  
stehende Sätze um 3  $\frac{1}{2}$  pro Stunde Arbeitszeit.

Für Sonntags- und Nachtarbeit sowie Ueberstunden und  
Wasserarbeiten ist eine etwa zu gewährenden Zulage ohne Ge-  
nehmigung des Vorstandes gestattet.

Liegen Arbeiten besonderer Art vor, die einen höheren  
Lohnsatz gerechtfertigt erscheinen lassen, so hat das betreffende  
Mitglied ein diesbezügliches Gesuch mit Begründung an den  
Vorstand zu richten, welcher darüber entscheidet.

§ 3. Ist einem Mitgliede das Zahlen eines höheren Lohnes  
für eine besondere Arbeit gestattet, so ist dieses und die betreffende  
Baustelle auf den Lohnbüchern der Gefellen durch Aufschrift er-  
sichtlich zu machen, § 3.

J. S., Zimmermeister, Kassel.  
Gefelle N. N. 69 Stb. à 40  $\frac{1}{2}$  ..... M. 27,60  
Badeanstalt, Zulage für Wasserarbeit = 69 Stunden  
à 3  $\frac{1}{2}$  ..... „ 2,07  
Zulage Ueberstunden, 10 Stunden à 3  $\frac{1}{2}$  ..... „ 3,00  
M. 29,97

§ 4. Werden die im § 2 angeführten Lohnsätze ohne Ge-  
nehmigung des Vorstandes überschritten, so hat das betreffende  
Mitglied für jeden Tag auf die ganze Dauer der Ueberstreckung  
für jeden Gefellen oder Arbeiter, welchem er höheren Lohn  
zahlte, eine Strafe von M. 5 an die Vereinskasse zu zahlen.  
Das Mitglied ist auch in dem Falle strafbar, wenn es die be-  
treffende Arbeit einem Polier oder einer anderen Person ganz  
oder theilweise übertragen hat. Das Mitglied ist in jedem  
Falle ohne Ausnahme dafür haftbar, daß kein Gefelle oder  
Arbeiter mehr als den festgesetzten Höchstlohn erhält.

Vorstehende Lohnvorschriften wurden in der Haupt-  
versammlung vom 4. Juni 1901 angenommen.

Am 16. August beschloß sich eine öffentliche Zimmerer-  
versammlung mit diesen Lohnvorschriften und brachte in nach-  
stehender Resolution ihre Meinung zum Ausdruck:

„Von den Grundfragen ausgehend, daß von beiden Seiten  
anerkannt geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen für den  
Handwerksmeister sowohl als auch für den Handwerker nicht  
nur fruchtbringend wirken, sondern in heutiger Zeit hochnothwendig  
sind, diese Grundfrage aber in der Druckschrift keine Berücksichti-  
gung gefunden, beschließt die am 16. August tagende Versamm-  
lung der Zimmerer von Kassel und Umgegend: Der Zahlstellen-  
vorstand wird beauftragt, unverzüglich die nöthigen Schritte  
einzuleiten, um für das Jahr 1902 einen Lohn- und Arbeitsstafur  
zur Vereinbarung zu bringen, welcher von beiden Theilen, Arbeit-  
nehmern sowohl als Arbeitgebern, anerkannt und unterschrieben ist.“

### Abrechnung über die Platzperre der Zimmerer bei Bild in Düsseldorf vom 20. Juli bis 27. Juli 1901:

Einnahme.  
Aus der Hauptkasse ..... M. 74,—  
„ „ Lokalkasse ..... „ 22,—  
Summa ..... M. 96,—

Ausgabe.  
An Streikunterstützungen ..... M. 96,—  
Für die Richtigkeit:  
G. Kremer. G. Wöhner. D. Janzen..

### Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Wismar vom 25. März bis 27. Juli 1901.

Einnahme.  
Aus der Hauptkasse des Verbandes ..... M. 3402,15  
„ „ Lokalkasse ..... „ 53,06  
„ „ in Arbeit gestandenen Mitgliedern .. „ 21,32  
„ „ der Zahlstelle Doberan ..... „ 25,—  
Summa ..... M. 3501,53

Ausgabe.  
An Streikunterstützungen ..... M. 3160,82  
„ „ Reiseunterstützungen ..... „ 135,70  
Für Fortschaffung Zugereister ..... „ 94,65  
„ „ Fernhaltung des Zuguges ..... „ 80,60  
„ „ Flugblätter und Annoncen ..... „ 13,30  
„ „ Porto und Schreibmaterial ..... „ 14,25  
„ „ Diverfes ..... „ 2,21  
Summa ..... M. 3501,53

Revidirt und für richtig befunden:  
F. Kremer. S. Pommerende. Carl Mittelstädt.

### Abrechnung über die Platzperre bei Ruhe, Zimmer- meister in Holzwinden.

Einnahme.  
Aus der Hauptkasse des Verbandes ..... M. 43,40  
„ „ „ Lokalkasse ..... „ 2,—  
„ „ dem örtlichen Fonds ..... „ 6,50  
„ „ vom Gewerkschaftskartell ..... „ 10,—  
„ „ von anderen Gewerkschaften ..... „ 10,—  
Summa ..... M. 71,90

Ausgabe.  
An Streikunterstützungen ..... M. 46,80  
„ „ Reiseunterstützungen ..... „ 18,—  
Für Fernhaltung des Zuguges ..... „ 60,—  
„ „ Flugblätter und Annoncen ..... „ 3,—  
„ „ Porto und Schreibmaterial ..... „ 3,50  
Summa ..... M. 71,90

Revidirt und für richtig befunden:  
August Zeiwes. Heinrich Pfeil. S. Kummeln.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Altona.** Extra-Mitgliederversammlung am 7. August 1901.  
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Ur-  
abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung. 3. Kartell-  
bericht. 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt verlas der Kas-  
sirr die Abrechnung vom zweiten Quartal, deren Richtigkeit  
von den Revisoren bestätigt wurde. Dem Kassirr wurde  
Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung  
las der erste Vorsitzende die Entwürfe der Arbeitslosen-  
unterstützung noch einmal vor und ersuchte die Mitglieder,  
sich noch eingehend an der Debatte zu beteiligen. Kamerad  
Hamann sprach sich dahin aus, daß die Karenzzeit von zwölf  
Tagen zu lange währe, er wäre der Meinung, daß gleich die  
Unterstützung vom ersten Tage an ausbezahlt werden müßte,  
um den Mitgliedern etwas zu bieten. Mehrere Kameraden  
erwiderten, daß das erst ein Anfang sei und sich erst vor-  
läufig mit der Unterstützung nach dem Entwurf begnügen  
müßten. Nachdem der Wahlmodus bekannt gegeben und eine  
Wahlkommission gewählt war, erfolgte die Abstimmung.  
Kamerad Kälpe erstattete hierauf den Kartellbericht. Unter  
„Verschiedenes“ wurde beschlossen, daß Kamerad Hennigs  
M. 12 nachzahlen und die Extramarken nachzahlen soll und  
zwar bis 25. September.

**Baugen.** Eine überaus gut besuchte gemeinschaftliche  
Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter fand  
am 15. August im Lokal „Zur Weißbierhalle“ statt. Die Tages-  
ordnung lautete: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die  
Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation.“ Als Referenten  
waren die Genossen Hartmann und Grüttnar aus Dresden er-  
schienen. Auf Tisch und Bänken stehend, hörten die Ver-  
sammlten den Ausführungen beider Redner sehr aufmerksam zu.  
Hartmann legte den Anwesenden klar und verständlich aus-  
einander, unter welchen traurigen Verhältnissen die Baugener  
Arbeiterchaft lebe. In einer kurzen Reihe von Jahren sei  
die Wohnungsmiethe zirka um das Doppelte gestiegen. Wo  
vor zehn Jahren noch M. 45 und darunter für eine Wohnung  
gezahlt wurden, müssen jetzt M. 80—90 und darüber gezahlt werden.  
So wie allerorts seien auch die Lebenspreise gestiegen. Wie  
steht es nun aber mit den Löhnen. Wenn voriges Jahr noch  
30 bis 32  $\frac{1}{2}$  an Maurer und Zimmerleute gezahlt wurden,  
so erhalten dieselben dieses Jahr nur noch 27—30  $\frac{1}{2}$  Stunden-  
lohn, die Bauhilfsarbeiter gar nur 21—23  $\frac{1}{2}$  pro Stunde.  
Daß mit einem solchen Hungerlohn nicht auszukommen ist,  
haben die Arbeiter wohl gemerkt. Anstatt nun aber diese  
Zustände an der richtigen Wurzel anzufassen, um dieselben zu  
verbessern, was durch den Anschluß sämtlicher Arbeiter an  
ihre gewerkschaftliche Organisation erreicht werden könnte, so  
gelangt die Arbeiterchaft auf die falsche Fährte. Das wider-  
sinnige Ueberstundenystem griff um sich. Das Unternehme-  
rium hatte die Lage der Arbeiter durchschaut und ist dann  
12—13stündige Arbeitszeit keine Seltenheit. Da aber der auf  
diese Weise herausgeschundene Verdienst immer noch nicht aus-  
reicht, das Nothwendigste für den Lebensunterhalt zu er-  
schwingen, so werden dann Frauen und Kinder zur Arbeit  
herangezogen und ebenso wie deren Väter bis auf das Äußerste  
ausgebeutet. Redner legt den Versammelten an's Herz, daß  
solche Zustände und deren unausbleibliche Folgen unbedingt  
ein Ansporn sein müssen, sich endlich aufzuraffen, sich Mann  
für Mann ihren gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen;  
denn nur durch letztere könne eine Besserung der erbärmlichen  
Lage geschaffen werden. Grüttnar ergänzte die Ausführungen  
und wies durch Beweise nach, welche Erfolge an anderen Orten  
durch die Organisation erzielt worden sind. Er deutet auf den  
guten Besuch der Versammlung hin, aus dem der Beweis  
hervorgehe, daß auch in Baugen die Arbeiter ihre Lage ver-  
bessern wollen. Da es nun auch noch an der rechten Zeit sei,  
den größten Theil von dem Versäumten nachzuholen, so fordert  
er die Anwesenden auf, auf das Wort die That folgen zu  
lassen und in kurzer Zeit für alle drei Berufe eine thätkräftige  
Organisation zu schaffen, wodurch auch eine Besserung der  
elenden Zustände herbeigeführt werde. In der Debatte wurde  
von verschiedenen Rednern noch auf mehrere Mißstände im  
Bauberufe am Orte hingewiesen und dieselben einer Kritik unter-  
zogen. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten schloß  
hierauf der Vorsitzende die imposante Versammlung.

**Bochum.** Am 11. August hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Als Kassierer wurde Kamerad Keil gewählt. Ueber die Arbeitslosenunterstützung referierte Kamerad Walter-Dortmund. Derselbe schilberte recht eingehend das Gute, was dadurch sowohl für das einzelne Mitglied als auch für den Verband geschaffen werde. Wenn die Winter in den letzten Jahren nun nicht allzu streng gewesen seien und daher die Arbeitslosigkeit eine geringe war, so könne das einmal anders werden. Würden die Kameraden dagegen stimmen, so würden sie es dann bitter bereuen. In seinen weiteren Ausführungen ermahnte er die Kameraden, nach eigener Ueberzeugung zu stimmen. Kamerad Stefan beteiligte sich auch an der nun folgenden Debatte und zwar im Sinne des Referenten. Hierauf wurde die Abstimmung vorgenommen. Nunmehr erfolgte die Wahl von zwei Revisoren, die Kameraden Stefan und Schwarz wurden gewählt. Nachdem noch die Mißstände im Baugewerbe besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Salze.** Am 11. August fand hier eine Extraversammlung statt, in welcher die Urabstimmung vorgenommen wurde. Nachdem das Resultat derselben bekannt gegeben war, erfolgte die Wahl eines Kassierers. Nachdem sich Kamerad Baurich verpflichtet hatte, während 3 Monate die Beiträge einzuziehen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Charlottenburg.** Am 4. August fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung zwecks Vornahme der Urabstimmung über die einzuführende Arbeitslosenunterstützung statt. Kamerad Frische als Delegierter sprach eingehend über den Zweck und Nutzen einer Arbeitslosenunterstützung. Er versuchte ferner, den Anwesenden vor Augen zu führen, wie durch Einführung derselben sich die Organisation vergrößere und nach innen sowohl wie nach außen hin ungemein stärken würde. Ferner nahm Redner noch darauf Bezug, daß sich die Unterstützung für die Krankenkasse zu einer Entlastung gestalten werde und dieser alsdann zu Gute käme. Auch werde sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bedeutend bessern und zu einem gedeihlichen Hand in Hand arbeiten führen. Zum Schluß ersuchte Redner die Mitglieder, sich rege an der Debatte zu beteiligen. Als erster Diskussionsredner sprach Kamerad Segers, derselbe ist Gegner der Arbeitslosenunterstützung; derselbe versuchte, klarzulegen, daß die Arbeitslosenunterstützung vollständig undurchführbar sei. Kamerad Fenske machte sich seine Ausführungen leichter. Er ersuchte die Anwesenden, gleich en bloc dagegen zu stimmen. Auch Kamerad G. Hennig trat als Gegner auf. Darauf sprachen Weiskandel, Gise und Schrobbsdorf für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und bemühten sich, einige Irrthümer ihrer Vorredner aufzuklären. Nachdem der von Wiendick gestellte Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden, machte der Vorsitzende auf die nun vorzunehmende Urabstimmung aufmerksam, wie und in welcher Weise dieselbe zu vollziehen sei. Dann wurden die Stimmzettel vertheilt. Es waren von circa 300 Mitgliedern nur 78 anwesend. Nachdem das Resultat bekannt gegeben war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Am 28. August fand eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Kamerad Frische machte auf die so laue Theilnahme der Mitglieder an der Urabstimmung aufmerksam, und fand es bedauerlich, daß sich von circa 300 Mitgliedern nur 78 daran betheiligten. Er ersuchte ferner die Mitglieder, Mittel und Wege zu finden, den Versammlungsbesuch reger zu gestalten. Frische stellte den Antrag, einen Stempel anzuschaffen und den jedesmaligen Versammlungsbesuch eines jeden Mitgliedes abzuempfehlen, und zwar soll dieses durch zwei zu wählende Kontrolleure geschehen. Dieser Antrag wurde angenommen, und wurden zu Kontrolleuren die Kameraden Pulcke und Blank gewählt. Hierauf kam Frische auf den Bau des Gewerkschaftshauses zu sprechen. Es wurde beschlossen, M. 50 als erste Rate zu dem Bau desselben zuzusteuern. Ein noch weiter gehender Antrag über Bewilligung einer noch größeren Summe des Kameraden Fenske wurde dem Vorstand überwiesen. Darauf wurde die Frage gestellt, wie die Sache C. Freitag mit dem Ausschuß gehen sei und wurde dahin beantwortet, daß noch nichts Näheres darüber bekannt sei. Nachdem noch auf das am 31. August stattfindende Vergnügen aufmerksam gemacht worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Darmstadt.** Am Donnerstag, den 8. August, sprach Kamerad Kube-Berlin in einer schwach besuchten Versammlung über: „Die Aufgaben des Verbandes zu Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges“. Redner führte aus, daß der Niedergang sich in der Metall- und Textilbranche schon recht bemerkbar mache, die Folge davon seien die schon bekannten Banktranche. Wenn in den angeführten Branchen Ueberproduktion zu verzeichnen sei, herrsche im Baugewerbe Mangel an Produkten. Die Ursache erklärte Redner damit, daß das mobile Kapital sich in seiner Profitwuth den immer noch mehr gewinnbringenden modernen Branchen zuwendet, da es dort mit 40—50, ja noch mehr Prozenten arbeite. Daher kommt es auch, daß wir in den meisten Städten Deutschlands Wohnungsnoth, ja sogar Wohnungseld zu verzeichnen haben. Die durch die Wohnungsnoth bedingte Steigerung der Mieten sei lediglich eine Folge der Zurückgezogenheit des mobilen Kapitals, und seien nicht, wie von anderer Seite behauptet wird, die Lohnerhöhungen schuld. Deshalb sollen es sich die Kameraden mehr denn je zur Aufgabe machen, sich immer fester dem Verbands anzuschließen und so lange agitiren, bis der letzte Mann demselben beigetreten ist. Betreffs der Einführung der Arbeitslosenunterstützung legte Kamerad Kube den Kameraden die Vortheile derselben warm an's Herz und forderte dieselben auf, Mann für Mann derselben zuzustimmen, denn nur dadurch sei ihnen eine Handhabe gegeben, zu Zeiten des Niederganges Annahmen von Seiten der Unternehmer energischeren Trost bieten zu können. Da eine Diskussion über den Vortrag nicht stattfand, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Eisenach.** Am 23. August fand bei Hartung unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die wieder sehr schwach besucht war. Da der erste Vorsitzende, Müller, wie gewöhnlich, so auch dieses Mal nicht erschienen war, eröffnete der zweite Vorsitzende die Versammlung. Es entspann sich nun eine lebhafteste Debatte über das Verhalten des ersten Vorsitzenden. Da er sonst auch kein Interesse mehr als Vorsitzender zeigte, so wurde der Antrag gestellt, Müller seines Amtes als Vorsitzender zu entbinden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und Kamerad Weisk als erster Vorsitzender gewählt. Auch in der Kolportage, wo wieder Versammlungen eingelaufen waren, wurde eine andere Bestimmung getroffen, welche vom 1. September an in Kraft treten soll. Was die Lohnreduzierung anbelangt,

wurde bekannt gegeben, daß bei Schürmeister der Lohn von nächster Woche ab um 3/4 pro Stunde reduziert wird, und ganz wahrscheinlich bei den anderen Meistern auch. Es wäre nun höchste Zeit, daß sich die Zimmerer Eisenachs eines Besseren besäßen und in der nächsten Versammlung Mann für Mann erschienen.

**Halle a. d. S.** Am 11. August tagte unsere Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Abrechnung vom Stützungsfest. 4. Verschiedenes. Bevor man in die Tagesordnung eintrat, wurde der Kamerad Banse wegen grober Vernachlässigung seiner Pflichten abgesetzt und an seine Stelle Kamerad Gustav Ebert gewählt. Betreffs Einführung der Arbeitslosenunterstützung sprachen sich die Kameraden recht rege dafür aus und meinten, daß die Arbeitslosenunterstützung sehr nothwendig sei. Es wurde eine Abstimmung vorgenommen und die Stimmzettel ergaben, daß alle für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gestimmt hatten. Zur Abrechnung vom 2. Quartal erklärten die Revisoren, die Abrechnung für richtig befunden zu haben und wurde dem Kassierer Decharge ertheilt. Die Abrechnung vom Stützungsfest wurde ebenfalls berlesen und dem Vergütungscomité auch Decharge ertheilt. Der Uebereschuß von M. 80,75 wurde dem Lokalfonds überwiesen. Weiter wurden die Kameraden, welche sich an dem Vergnügen der Leipziger Zimmerer betheiligen wollen, ersucht, sich zur Abfahrt rechtzeitig bei Streicher einzufinden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Holzwinden.** Am 17. August fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 2. Quartal, desgleichen auch die vom Plakstreif, beide wurden für richtig anerkannt. Dem Kassierer wurde Decharge ertheilt. Hierauf wurde über die noch bestehende Plaksperrre verhandelt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, da ein Erfolg aussichtslos, dieselbe aufzugeben. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, die Versammlungen alle 14 Tage, und zwar von Sonnabend, den 31. August an gerechnet, in den „Drei Kronen“ abzuhalten. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden erfolgte Schluß der Versammlung.

**Langfuhr.** Am 7. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche recht schlecht besucht war. Die Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde, nachdem der Vorsitzende den Werth derselben erläutert, vorgenommen. Kamerad Schröder theilte hierauf mit, daß wir in unserem Lokale nicht mehr Versammlungen abhalten dürften und uns daher nach einem anderen umsehen müßten. Der Grund, warum das Lokal verloren gehe, sei darin zu suchen, daß eine große Zahl der Mitglieder nichts gethan habe, das Lokal zu halten; wären die Versammlungen gut besucht gewesen, würden wir nicht in die Nothlage verlegt sein. Eine Nothlage sei es, in der wir uns befinden, denn es sei keine Aussicht vorhanden, ein anderes Lokal zu finden, wo wir Versammlungen abhalten können. In demselben Sinne äußerten sich noch mehrere Kameraden. Der Vorstand wurde beauftragt, zu versuchen, ein Lokal zu mieten, bis dahin fallen die Versammlungen aus. Beschlissen wurde, daß die Beiträge entweder beim Kassierer in der Wohnung oder bei dem Kolporteur zu entrichten sind. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Leipzig.** Am 11. August tagte im Saale des Cosenthals eine öffentliche und besuchte Zimmerer-Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Entwurf zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Urabstimmung hierüber“, führt Kamerad Rose den Werth und Nutzen der Arbeitslosenunterstützung in unserer Organisation an und macht darauf aufmerksam, daß bei Einführung dieser Unterstützung einem Jeden auch Pflichten zufallen. Er giebt nochmals den Entwurf bekannt und ersucht Jeden, nur nach seiner Ueberzeugung abzustimmen. Kamerad Leich ist Gegner dieser Unterstützung, er erblickt in deren Einführung einen Schaden für die Organisation, besonders in einer Krise, wie sie jetzt bestehe, und befürchtet, daß durch die erhöhten Beiträge ein Verlust an Mitgliedern eintritt. Er sei der Meinung, daß dann aus der Kampforganisation ein Unterstützungsverein werde. Die nächsten Redner widerlegten diese Gründe und sprachen sich jammlich für die Unterstützung aus. Es erfolgte nunmehr die Abstimmung. Rose macht noch auf das neue Statut aufmerksam. Ferner wurde noch aufgefordert, für den Unterstützungsfonds mehr einzutreten und die Bücherkontrolle öfters vorzunehmen. Im Weiteren wurde noch auf den Nordhäuser Tabakarbeiterstreik und auf den Glasarbeiterstreik hingewiesen, und für beide Streiks je M. 50 bewilligt. Betreffs der Ueberstunden bei Frida wurde man sich dahin einig, daß, wenn eine Ueberstunde nicht eintritt, die Plaksperrre zu verhängen ist. Es wurde noch Beschwerde gegen den Wirth des Verkehrslokals geführt und diese sowie einige andere Angelegenheiten der Beschwerdefommision zur Regelung übergeben. Schließlich machte Rose noch auf das nächsten Sonntag stattfindende Sommerfest aufmerksam.

**Mainz.** Am 4. August fand im Verbandslokale eine gut besuchte öffentliche Zimmerer-Versammlung statt, in welcher Kamerad Kaube einen Vortrag über die Aufgaben des Verbandes in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges hielt. In 1 1/2 stündiger Rede setzte er den Anwesenden Ursache und Wirkung der Krise auseinander. Durch die Krise sei auch das Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen, obwohl eine Ueberproduktion nicht vorhanden sei. Im Gegentheil habe noch nie so eine Wohnungsnoth wie jetzt geherrscht. Die Kapitalisten, welche Grund- und Bodenwucher betreiben, haben diese Noth künstlich hervorgerufen, um einmal außerordentliche Profite einzuharsten. Dadurch macht sich auch die Krise für uns ebenfalls bemerkbar. In den Zeiten der größten Noth und des Glends wird nun das Unternehmertum versuchen, die Löhne der Zimmerer zu drücken und so eine Verschlechterung unserer Lebenslage herbeiführen. Um diesem Vorhaben begegnen zu können, bedürfen wir einer großen und starken Organisation; daher muß darnach gestrebt werden, das alle Zimmerer Mitglieder des Verbandes werden. Im Verbands selbst muß aber auch dafür gesorgt werden, daß Einrichtungen getroffen werden, welche dem Einzelnen mehr als bisher Hülfen verleihen, um jenen Zustand zu schaffen. Redner ersuchte am Schluß seiner Ausführungen, für die Einführung zu stimmen. Kamerad Kaube wurde durch reichen Beifall für seinen Vortrag belohnt. Beim 2. Punkt der Tagesordnung, die Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, kam es zu recht lebhafter Debatte.

Die Abstimmung wurde noch nicht vorgenommen, sondern bis zur nächsten Versammlung verschoben.

**Mannheim.** Am 7. August fand in der „Zentralthalle“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Kamerad Kube aus Berlin einen Vortrag über die Aufgaben des Verbandes in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges hielt. In die dem Vortrag folgende Diskussion wurde auch die Arbeitslosenunterstützung mit hineingezogen. Die Kameraden Schilling, Junge, Göttsch und Müller sprachen für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die Kameraden Kant, Geß und Müller dagegen. In seinem Schlusswort widerlegte der Referent die Ausführungen der Gegner dieser Unterstützungsrichtung. Hierauf wurde die Abstimmung vorgenommen und darauf die Versammlung geschlossen.

**Nürnberg.** Am 18. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Ein Kamerad ließ sich aufnehmen. Sodann wurden vom Schriftführer die eingelaufenen Korrespondenzen berlesen, darunter eine Einladung von den Schwabacher Kameraden zum Stützungsfest, sowie eine Einladung vom Gewerkschafts-Kartell zu einem Tagesausflug. Kamerad Kaul referierte sodann über: „Das Submissionswesen in Nürnberg.“ Bei Vergebung der Arbeiten zu dem Bau einer Industriefabrik, an welcher sich fast alle leistungsfähigen Firmen betheiligten, sei einer Firma mit rund M. 100 000 Angebot der Zuschlag ertheilt worden. Ebenso sei es bei Vergebung der Zimmerarbeiten eines Schulhauses, wo Zimmermeister Wieland, als niedrigster Submittent die Arbeit bekam. Redner führt diese kolossalen Abgebote darauf zurück, daß die Nachfrage nach Arbeit eine sehr große ist, und die Unternehmer nur darauf spekuliren, die Löhne infolge der schlechten Geschäftslage auf ein ganz niedriges Niveau herabzudrücken. Gerade der letztgenannte Meister leiste in dieser Beziehung Hervorragendes, dieser könne es sich natürlich auch bieten, da derselbe durchweg indifferente Kameraden beschäftige. Redner besprach weiter die Arbeiten auf dem Volkstempelplatz, wo ein Vetter dem anderen die Arbeit abgejagt hat. Hier habe sich gezeigt, daß zwar die Meister gegen die Gesellen, wenn diese ihre Existenz verbessern wollen, stets einig sind, aber bei solchen Gelegenheiten diese Einigkeit vollständig in die Brüche geht. Die Abrechnung vom Frühjahrsvergnügen mußte wiederum verschoben werden, weil der Lokalfonds-Kassierer nicht erschienen war. Mehrere Kameraden sprachen ihre Mißbilligung hierüber aus. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Kassierer aufzufordern, die Abrechnung zur nächsten Versammlung abzugeben. Kamerad Wirth gab den Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. Aus demselben ist hervorzuheben der Bericht der Kommission zur Beschaffung billiger Brennmaterialien. Diese Kommission hat einen Vertrag mit einer hiesigen Firma abgeschlossen, wonach den Gewerkschaftsmitgliedern zu einem bedeutend herabgesetzten Preise Kohlen und Holz geliefert werden. In einem Zirkular, welches den nächsten Nummern der Gewerkschaftsblätter beigelegt wird, sollen die Adressen der Annahmestellen, sowie die Preise für Kohlen und Holz bekannt gegeben werden. Redner ersucht die Kameraden, einen etwaigen Bedarf nur vom Gewerkschafts-Kartell zu beden. Bei Bestellung ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. In „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafteste Debatte über den Zigarrenverkauf in den Mitglieder-Versammlungen. Es wurde gerügt, daß der Kamerad, der diesen Verkauf übernommen hat, schon öfter die Versammlung geschwänzt und dadurch die Lokalfonds-Kasse geschädigt habe. Schließlich wurde der Vorsitzende beauftragt, auch hierin Remedur zu schaffen. Außerdem beklagte sich Kamerad Wirth über die Theilnahmlosigkeit verschiedener Kameraden, die früher mit an der Spitze standen, die aber nirgends mehr zu sehen wären. Er habe schon vielfach die Bemerkung gemacht, daß Personalkultus getrieben wird, der doch im Interesse unserer Sache möglichst vermieden werden soll. Hierauf erfolgte Schluß der schlecht besuchten Versammlung.

**Rittau.** Am 10. August fand hier eine öffentliche Zimmerer-Versammlung statt, in welcher Kamerad Grüttner aus Dresden einen Vortrag über Arbeitslosenunterstützung hielt. Nach lebhafter Debatte wurde die Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. In „Gewerkschaftliches“ wurde beschlossen, daß der „Zimmerer“ nunmehr jedem einzelnen Verbandsmitglied durch die Post zugestellt werden soll, wofür ein monatlicher Beitrag von 10/4 zu zahlen ist. Ferner wurde beschlossen, einen wöchentlichen Beitrag von 5/4 zum örtlichen Fonds zu leisten. Damit war die Tagesordnung erledigt.

**Vermischtes.**

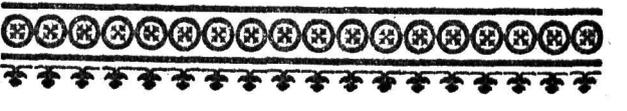
**Statistisches aus der Zahlstelle Hamburg.** Am 28. Juli wurden von den 1424 Mitgliedern nach der Arbeitsgelegenheit 1402 für die Zeit vom 1. bis 28. Juli befragt. 1160 Mitglieder haben während dieser Zeit nicht gearbeitet, dagegen sind 172 Mitglieder zusammen 1545 Tage wegen Arbeitsmangels, 22 Mitglieder zusammen 15 1/2 Tage wegen Witterungseinflüsse arbeitslos und 52 Mitglieder zusammen 779 Tage krank gewesen.

Einen Vergleich des Resultats der Erhebungen im Juli 1899 und 1900 mit vorstehendem Resultat ergibt nachstehende Tabelle:

	Zahl der Mitglieder	Befragt	Nicht gearbeitet wegen Arbeitsmangels	In Prozenten	Gefehret wegen Arbeitsmangels	Tage	Tage im Durchschnitt
1899	1297	1162	992	85,4	170	1422	8,3
1900	1819	1254	1159	92,5	143	883	6,2
1901	1424	1402	1160	82,7	172	1545	8,98

**Sterbetafel.**

**Burgstädt.** Am 20. August starb das Mitglied Richard W a s o l b im Alter von 20 Jahren.  
**Halberstadt.** Am 16. August starb das Mitglied S. K r e t z.



Urabstimmung zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Table with 5 columns per section: 'Zahlstelle', 'Zahl der Mitglieder', 'Abgegebenen Stimmen', 'Es stimmten mit „Ja“', 'Es stimmten mit „Nein“', 'Ungültig'. Contains voting data for 118 locations across Germany.

In vorstehender Tabelle unterbreiten wir den Mitgliedern das Ergebnis der Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Bevor wir jedoch zur Betrachtung der Zahlen übergehen, sei uns vorweg noch ein kleiner Rückblick über die Entstehung und den bisherigen Verlauf der ganzen Frage gestattet.

direkte Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbandsrat stellten. Zu einer definitiven Beschlussfassung kam es jedoch auch hier noch nicht, sondern es gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: „Die 13. Generalversammlung beauftragt den Verbandsvorstand, sobald als möglich, jedenfalls aber innerhalb eines Jahres, Statuten zu entwerfen, wonach die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsrat eingeführt werden kann.“

Der Statutenentwurf ist unmittelbar nach seiner Fertigstellung mit ausführlicher Begründung im „Zimmerer“ zu veröffentlichen, bezw. der allgemeinen Diskussion zu unterbreiten. Der Statutenentwurf hat von dem Grundsatz auszugehen, daß durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Position des Verbandes im Lohnkampfe gestärkt wird. Die Resultate der allgemeinen Diskussion hat die mit dem Statutenentwurf beauftragte Körperschaft zu sammeln, sie kann ihren Entwurf event. darnach abändern und muß der nächsten Generalversammlung Bericht erstatten. Die Verbandszahlstellen sind gehalten, der mit dem

Statutenentwurf beauftragten Körperschaft alle gewünschten Auskünfte zu erteilen."

Auf Grund dieser Resolution veranstaltete alsdann der Zentralvorstand eine Zählung der Arbeitslosen und zwar dertat, daß hierzu in der Zeit vom August 1899 bis Juli 1900 alle Monat ein im Voraus festgelegter Tag dazu benutzt wurde.

Das auf diese Art gewonnene Material (siehe "Zimmerer" Nr. 51, Jahrgang 1900) diente alsdann dem Vorstande als Grundlage zu seinen Berechnungen und zur weiteren Ausarbeitung der Entwürfe.

Die vierzehnte Generalversammlung in Nürnberg sollte nunmehr endgültig über Annahme oder Ablehnung der vorliegenden Entwürfe entscheiden. Die Diskussion darüber war eine äußerst rege. Es kam das Für und Wider zum Ausdruck; aber nicht ein einziger Delegierter bekannte sich als prinzipieller Gegner, sondern nur taktische Bedenken wurden hier und da gegen die Einführung laut. Auch wollte ein Teil der Delegierten die Verantwortung ihren Mandatgebern gegenüber nicht übernehmen und wünschte, daß diese selbst über die Einführung oder Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung entscheiden sollten. Die Generalversammlung gab dann schließlich nachstehender Resolution ihre Zustimmung:

"In Erwägung, daß alle Redner zur Arbeitslosenunterstützung sich grundsätzlich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung erklärt haben, eine Anzahl Redner aber die Befürchtung hegt, daß dadurch ein Rückgang der Mitgliederzahl im Verbands herbeigeführt wird, weil eine Anzahl Mitglieder im Interesse unserer Organisation die Arbeitslosenunterstützung noch nicht für notwendig erachtet, diese Auffassung jedoch eine irrige ist, beschließt die 14. Generalversammlung:

1. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Prinzip.
2. Alle Delegierten verpflichten sich, in ihrem Wirkungsbereich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung warm einzutreten.
3. In der ersten Woche des Monats August 1901 wird im ganzen Verbands eine Urabstimmung vorgenommen und zwar ist dann über den Entwurf 8 die Abstimmung vorzunehmen. Die beiden anderen Entwürfe bleiben außer Betracht.
4. Entscheidet die Urabstimmung für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, so tritt der Entwurf 8 mit dem 1. April 1902 in Kraft, und zwar so, daß die Beitrags-erhöhung vom 1. April und die Unterstüfung vom 1. Juli ab beginnt; die weiteren hierzu erforderlichen Arbeiten werden der Zentralleitung überlassen.
5. Die Arbeitslosenunterstützung wird als angenommen betrachtet, wenn zwei Drittel der abgegebenen Stimmen sich dafür aussprechen. Die zur Urabstimmung erforderlichen Schritte werden der Zentralleitung nach einheitlichem Muster überlassen."

Diese unter Absatz 8 der Resolution verlangte Urabstimmung hat nunmehr in der Zeit vom 4. bis 11. August in allen Zahlstellen stattgefunden. Das Resultat derselben ist, wie aus der Tabelle ersichtlich, im ablehnenden Sinne ausgefallen. Dies ist keine Ueberschätzung, sondern es stand von vornherein ziemlich fest, daß es so kommen würde, weil wohl alle Mitglieder die Vortheile der Unterstüfung gerne für sich in Anspruch nehmen möchten, aber die wenigsten gewillt sind, dafür auch besondere Opfer zu bringen. Andererseits ist aber auch nicht die geradezu grenzenlose Interessenlosigkeit zu verkennen, aus welcher die Mitglieder leider, und dies muß besonders betont werden, nur dann zeitweise erwachen, wenn entweder Lohnforderungen gestellt sind oder auch die Unternehmer den Lohn reduziert haben.

Diese Interessenlosigkeit hat sich in diesem Falle mal wieder so recht deutlich gezeigt. Erwartet hatten wir, daß sich mindestens alle Zahlstellen und in ihnen die große Mehrzahl der Mitglieder an der Urabstimmung beteiligen würden. Heute müssen wir gestehen, daß wir uns darin getäuscht haben. Etwa 100 Zahlstellen mit 3000 Mitgliedern haben sich garnicht an der Abstimmung beteiligt. Eine Ausnahme davon macht Kiel, wo die Zahlstelle die Urabstimmung unter Protest ablehnte, weil ihr die Form der Abstimmung nicht die richtige zu sein schien. Beteiligt haben sich 378 Zahlstellen mit zusammen 23092 Mitgliedern. Hiervon gaben jedoch nur 11867 Mitglieder ihre Stimme ab. Es stimmten mit "Ja" 3577, mit "Nein" 8183, unglücklich waren 107 Stimmzettel. Das Abstimmungsverhältnis in den Zahlstellen ist folgendes: In 83 Zahlstellen wurden alle Stimmen für Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgegeben. In 42 Zahlstellen ergab sich die zwei Drittel und in 28 Zahlstellen die einfache Majorität. Die einfache Majorität wurde nicht erreicht in 176 Zahlstellen und in 104 Zahlstellen erklärten sich alle Abstimmenden gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Wenn nun die Arbeitslosenunterstützung für diesmal auch abgelehnt wurde, so dürfte sie damit noch keineswegs gänzlich beseitigt sein. Wir sind vielmehr überzeugt, daß sich die Erkenntnis von der Nothwendigkeit einer solchen Einrichtung bei den Mitgliedern rapid Bahn brechen wird. Möge jeder Anhänger der Arbeitslosenunterstützung in der Aufklärung dieser Frage nicht erlahmen, dann wird sie in nicht zu ferner Zeit zur Wahrheit werden.

**Der Zentralvorstand.**

**Baugewerbliches.**

**Risiko der Bauarbeiter.** Frankfurt a. M. An dem Neubau der Musterschule stürzten zwei auf einem Brett, das über die Sprossen zweier Leitern gelegt war, arbeitende Weißbinder infolge Bruchs einer der Sprossen mit dem Brett hinunter. Der Eine erlitt einen Bruch des linken Oberarmes, während der Andere mit einer Verstauchung davonkam.

**München.** Am 21. August, Vormittags, wurden beim Bau der chirurgischen Klinik an der Findlingstraße durch den Einsturz eines erst theilweise entfernten alten Gewölbes, das beseitigt werden mußte, zwei Arbeiter verschüttet und schwer verletzt. Der Unfall ist direkt auf die Leichtfertigkeit der Bauführung zurückzuführen.

**Berlin.** Auf einem Neubau in der Gubenstraße stürzten zwei Arbeiter von einem Schuttdache, welches in der Höhe der vierten Etage angebracht war, ab. Während der Eine mit leichten Verletzungen davonkam, erlitt der Andere schwere.

**Neubau und Gerüstestürze.** Nies a. Im nahen Gehde stürzte am 21. August, Abends gegen 7 Uhr, plötzlich der im Bau befindliche Thurm der dortigen Kirche in sich zusammen. Verletzt wurde glücklicher Weise Niemand, da sich das Unglück nach Feierabend ereignete, so daß Niemand mehr in der Nähe der Kirche verweilte als der Thurm einstürzte. Wäre der Einsturz früher erfolgt, hätte namenloses Unglück entstehen können. Durch den Einsturz des Thurmes, der bereits ein Stück über das Kirchendach hinausragte, ist auch das eigentliche Kirchengebäude erheblich beschädigt worden. Jetzt liegen in großem Wirrwarr die Holz- und Schuttmassen durcheinander, starke Balken sind wie Streichhölzer geknickt worden. Die Auf-räumungsarbeiten, die bereits aufgenommen sind, werden immerhin einige Zeit beanspruchen. Der entstandene Schaden ist erheblich. Ausgeführt wurde der Bau laut Anschlag am Bauplatz von S. Strobel in Rdn, als Architekt ist angeben Th. Quentin in Pirna.

**Bautenkontrolle in München.** Wie sich die Bayerische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft die Beseitigung von Mißständen im Baugewerbe angelegen sein läßt, dazu liefert die "Münchener Post" folgenden interessanten Beitrag. Vor 14 Tagen waren in München Spenglergehülfen damit beschäftigt, einen sogenannten Thurm zu decken. Das zu diesem Zwecke angebrachte Gerüst entsprach in keiner Weise den Anforderungen; speziell war das Schuttgeländer nicht so, wie es nach Vorschrift hätte sein sollen. Ein Arbeiter wurde deshalb bei dem Polier vorstellig, erhielt aber den Bescheid, das Gerüst könne nicht anders hergestellt werden. Als alles Neden nichts half, ging der Arbeiter, kurz entschlossen, an das nächste Telefon, rief das Bureau der bayerischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft an und verlangte Abstellung der Mißstände an dem Neubau. Kurze Zeit nachher kam dann auch ein Beamter, aber statt sich sofort persönlich zu überzeugen, ob das betreffende Gerüst thatsächlich mangelhaft ist, ging der Herr zum Polier und erzählte ihm, die Spengler hätten telephonirt, das Gerüst wäre nicht so, so. Darob natürlich große Aufregung bei dem Herrn Polier, der die betreffenden Arbeiter mit heftigen Vorwürfen überhäufte. Der Herr Kontrolleur der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft blieb indessen ruhig unten stehen. Erst das energische Zureden eines Arbeiters veranlaßte ihn, das Gerüst zu betreten und persönlich in Augenschein zu nehmen. Und als er das gesehen, mußte er den Arbeitern Recht geben und das Anbringen eines ordentlichen Gerüstes anordnen, während der Herr, so lange er bei dem Polier stand, das Gerüst den Anforderungen entsprechend gefeindet hatte. Als dann der Baumeister von dem Vorfall Kenntniß erhielt, gab es nochmals heftige Vorwürfe für den betreffenden Arbeiter. Er hätte sich an ihn (den Baumeister) wenden sollen usw. Und ferner wurde dekretirt, der Mann solle sofort die Baustelle verlassen. Der Arbeiter erklärte, in gutem Recht und im Interesse der Abwendung eventueller Unglücksfälle gehandelt zu haben, weshalb er sich nicht vom Bau jagen lasse. Darauf forderte der Bauherr vom Meister des Gehülfen, daß er den Mann von dem Bau wegnehme, was der Meister des lieben Friedens wegen denn auch that und den Arbeiter anderweitig beschäftigte. Wäre der Mann aber nicht schon Jahre lang bei dem fraglichen Spenglermeister thätig, so dürfte er eben seinen Laufpaß erhalten haben, nur weil er sich und seine Kollegen nicht der Gefahr einer leichtfertigen Bauausführung aussetzen wollte.

**Die bayerische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft** hat ihren Verwaltungsbericht für 1900 veröffentlicht. Derselbe ist zu entnehmen, daß zur Zeit 14 136 Betriebe im Genossenschaftskataster eingetragen und in diesen, unter Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen für sogenannte Vollarbeiter, 77 472 Arbeiter beschäftigt und an Letztere M. 70 879 130 anrechnungsfähige Löhne nachgewiesen wurden. Gegen das Jahr 1899 um M. 774 730 weniger, was auf die rückläufige Konjunktur im Baugewerbe zurückzuführen sein dürfte. Hierbei sei auf das beachtenswerthe Moment hingewiesen, daß von der vorbemerkten, als verausgabt nachgewiesenen Gesamtlohnsomme M. 70 879 130 als im Bezirk der Stadt München verausgabt figuriren M. 18 928 770, sohin mehr als der vierte Theil sämmtlich nachgewiesener Löhne im Ganzen, auf das Königreich Bayern sich erstreckenden Vereinsgenossenschaft.

An Unfällen wurden im abgelaufenen Verwaltungsjahre gemeldet 5254.

Sierbei fällt insbesondere die hohe Ziffer der Todesfälle in's Auge mit 117, während in 1296 Fällen eine Erwerbsunfähigkeit von über und in 3841 Fällen eine solche von unter 18 Wochen die Folgen des erlittenen Unfalles waren.

Diese Ziffern beweisen wiederum beim Vergleich der bei anderen Baugewerks-Vereinsgenossenschaften angemeldeten Unfälle, daß, wie bereits hinlänglich bekannt, die Bayerische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft im Verhältnis gegenüber den anderen Baugewerks-Vereinsgenossenschaften mit den meisten Unfällen belastet ist. Dies hat seine Ursache zum größten Theil in den schon so oft beklagten Mängeln, speziell im mangelhaften Gerüstwesen, sowie der oft leichtsinnigsten Bauweise und des verwendeten minderwertigen Baumaterials; auch die Unachtsamkeit der Arbeiter trägt mitunter zur Vermehrung der Unfälle bei.

Die von der Vereinsgenossenschaft pro 1899/1900 bezahlten Entschädigungen beziffern sich insgesammt auf M. 1 590 611,07. An Verurteilungen wurden erhoben gegen die Rentenfestsetzungen des Vorstandes 877 und Rekurse gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte 132, was immerhin beweist, daß sich die Verletzten nicht gerade einer allzu großen Konzilianz seitens der Vereinsgenossenschaft bei Behandlung ihrer Unfallsache zu erfreuen hatten.

Dafür bezahlte die Bayerische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft pro 1900 aber auch das Stimmchen von M. 1 554 222,11 an Verwaltungskosten (für Gutachten zc.).

Bemerkenswerth ist, daß im ganzen Verwaltungsbericht auch nicht mit einem Worte der schon gleich nach dem Inkrafttreten des G.-l.-B.-G. vom 30. Januar 1900 der durch die Vereinsgenossenschaft effektuirten Kapitalabfindungen gedacht ist, während doch unseres Wissens solche in ganz erheblichem Maße stattgefunden haben.

Während die Verwaltungsberichte der Vereinsgenossenschaft in früheren Jahren erschöpfend die ganze Verwaltung eines Rechnungsjahres widerpiegeln, läßt der vorliegende Verwaltungsbericht dieses deutlich vermissen. Er zeichnet sich keineswegs vortheilhaft aus durch die Tendenz allzu großer Knappheit. Besonders interessant ist, daß über jene Positionen, mit welchen

in früheren Jahren parodirt wurde, der vorliegende Bericht sich auszusprechen beliebt.

Am 17. August hielt die Vereinsgenossenschaft ihre Generalversammlung ab. Darüber berichtet die "Münchener Post":

In der Generalversammlung fanden es auch einige Delegirte für merkwürdig, daß im Vorschlage 1902 wiederum ein Erhöhung der Verwaltungskosten, und zwar von M. 155 422,11 auf M. 209 000, eingeleitet war. Die Zeiten würden immer schlechter, die Lasten der Genossenschaftler immer größer, und nichtsdestoweniger würden immer neue Stellen geschaffen. Die Erhöhung der Verwaltungsausgaben ist jedoch nach den Ausführungen des Vorsitzenden Helbergenz nothwendig, da die Beauftragten um zwei vermehrt werden müßten. Ein Nürnberger Delegirter sprach seine Ansicht dahin aus, daß diese zwei Beauftragten überflüssig sind, da ja für die Aufsicht der Bauten bei der derzeitigen strengen Aufsicht der städtischen Baufontrolleure genügend gesorgt sei. Darauf erwiderte Herr Helbergenz, daß sich ja die Vereinsgenossenschaft gegen dieses System der Baufontrolle oppositionell verhalten habe. Wenn eine Kontrolle vorgenommen werden muß, so ist diese nicht von Arbeitern, sondern von der Genossenschaft vorzunehmen. Die Unfallziffer sei fortwährend im Steigen begriffen und auch die Ausgaben für die Verletzten werden immer höher. Nach dem neuen Unfallversicherungsgefesze müsse der Verletzte, einerlei, ob der Unfall am 3. oder 28. eines Monats erfolgt sei, die ganze Monatsrente erhalten. „Machen Sie Vorschläge, wie wir die Prämien erniedrigen und die Renten kürzer bemessen können.“

Ein Delegirter aus der Provinz findet in der That die für Entschädigungen im letzten Verwaltungsjahre gezahlte Summe von M. 1 590 611,07 geradezu horrend. Da wäre es doch an der Zeit, daß die Renten niedriger bemessen würden. (1) Er mache den Vorschlag, daß jedes Genossenschaftsmitglied jährlich ein Verzeichniß der Rentenempfänger bekomme, damit ein Jeder wisse, wer im Genusse einer Rente sei. Heute komme es vor, daß Leute hohe Unfallrenten beziehen, aber doch in Arbeit stehen und die höchsten Löhne erhalten. Der Vorsitzende Helbergenz erwidert hierauf, daß die Genossenschaft doch keine sogenannte schwarze Liste anlegen könne. Das sei nach dem Gesetze verboten, weil es eine Unterbindung der Arbeitsgelegenheit bedeute. Wenn Rentenempfänger dennoch die höchsten Löhne beziehen, so sei dies nach seiner Ueberzeugung ganz ungerecht; aber die Genossenschaft sei dagegen machtlos, weil man keinem Genossenschaftsmitgliede vorschreiben könne, welche Löhne es seinen Arbeitern zu zahlen hat. Die Vertrauensmänner hätten eine Liste der Rentenempfänger ja ohnehin schon in Händen; jedem Genossenschaftsmitgliede eine solche Liste auszuhändigen, sei unmöglich. Es kommen ja sehr häufig Anzeigen, daß dieser oder jener Arbeiter, der z. B. die Vollrente bezieht, alle Sonntage seinen Kausch hat, daß er sich mit Kegelschießen belustigt und renommirt, daß die Vereinsgenossenschaft ihm doch die Rente bezahlen müsse. Wollte man einem solchen Arbeiter die Rente kürzen oder entziehen, so werde ein ärztliches Gutachten beigebracht, mit der ärztlichen Festsetzung, daß der Betreffende wie bisher arbeitsbeschränkt oder arbeitsunfähig sei. Die Genossenschaft sei hier machtlos, doch sei es wünschenswert, daß die Genossenschaftsmitglieder wie bisher diesbezügliche Mittheilungen an die Vereinsgenossenschaft machen. — Der Vorschlag pro 1902 wurde schließlich genehmigt. — Nach sehr lebhafter Debatte beschloß die Vereinsgenossenschaftsversammlung, auf Geltendmachung von Negrefanzprüchen gegen den Ingenieur Eberhart, der wegen des Gerüstesturzes am Neubau des Zuchtthauses in Straubing durch Urtheil des dortigen Landgerichts wegen fahrlässiger Tödtung und Körperverletzung mit drei Monaten Gefängniß bestraft (und dann bekanntlich begnadigt wurde), dem Antrage Eberhart's entsprechend zu verzichten. (Wie wir hören, betragen die an die Interessenten der Getödteten und an die Verletzten zu zahlenden Renten etwa M. 30 000.) Alle übrigen Punkte der Tagesordnung wurden debattelos angenommen.

**Sozialpolitisches.**

**Vom Krach und die Bankruine.** Die große Abrechnung über die wilden Auswüchse der letzten Gründerjahre hat sich im letzten Berichtsmonat in wenig erbaulicher Weise fortgesetzt.

Am 22. Juli tagten in Leipzig die Gläubiger der Leipziger Bank. Die Schulden betragen nach der Ausstellung der Konkursverwaltung 84,95 Millionen Mark, die Guthaben 45,8 Millionen. Das wäre ein Fehlbetrag von etwa 40 Millionen Mark, für den das Aktienkapital von 48 Millionen haften würde, so daß also die Aktionäre so gut wie nichts übrig behalten.

Ueber die Kasseler Trebetrodnungs-Gesellschaft, für welche sich die Leipziger Bank mit 87 Millionen festsetzte, bekamen die Beteiligten am 3. August reinen Wein eingeschenkt. Die Augen gingen ihnen Allen über. Die Summen für das Bergmann'sche Golddestillationsverfahren, für die vielen, in aller Herren Länder daraufhin errichteten Fabriken seien so gut wie weggeworfen. Die Masse weise „bis jetzt“ nur einen flüssigen Bestand von M. 723 908 auf. Die Buchungen, urtheilt der Bericht des Konkursverwalters, Justizrath Fries, „sind berartig verwirrt und von einem Konto auf das andere durcheinander geworfen, daß es außerordentlich schwer fallen wird, die Zahlen auf das richtige Verhältniß zurückzuführen. Es macht fast den Anschein, als sei es beabsichtigt, das wirkliche Bild zu verwischen. Von dem ganzen Betrage der Außenstände, besonders, soweit es die Tochtergesellschaften und sonstigen Gründungen anbelangt, dürfte wohl nur wenig flüssig zu machen sein. Das Geheimhauptbuch zeigt einen geradezu unheimlichen Hegentanz von Zahlen, welche sich in vielen Fällen in Millionen bewegen“ usw.

Zu diesem alten Unrath gesellte sich jedoch neuer hinzu. In Oberhausen brach Ende Juli die Aktiengesellschaft Ter Linden zusammen, unter Begleitumständen, die ein merkwürdiges Licht auf die Sicherung der Aktionäre und die Kreditgewähr seitens mancher Banken warfen. Alleinherr in dem Unternehmen war der Vorbesitzer geblieben, der durch Verlegung gefälschter Bücher und Bilanzen, durch unrechtmäßige Ausgabe von Aktien über das eigentliche Aktienkapital von zwei Millionen hinaus, durch Wechselreiterei bei einer ganzen Anzahl von Banken und Banquiers Kredite, wie man sagt, bis zu zehn Millionen Mark erlangt hatte. Ein Bruder Ter Lindens, stand mit der Gesellschaft in regem Geschäftsverkehr, wahrscheinlich nicht zu seinem Schanden. Ein Schwager lenkte den dreißköpfigen Aufsichtsrath, der es mit der Kontrolle wohl nicht

besonders schwer nahm. Schließlich empfahl sich Herr Gerhord Terlinden auf Nimmerviedersehen. Eine Reihe von Banken war auf das Schwerste geschädigt, in erster Linie das Krefelder Bankhaus Beckerath-Heilmann, das nunmehr liquidirt.

Die Bankmühsere ist überhaupt im raschen Wachsen. Die Rheinische Bank in Mülheim mußte durch eine Sülfsaktion gestützt werden. Sie war aus der Bankfirma Gustav Hanau hervorgegangen. Infolge dessen spielte ein Sprößling dieses Hauses, Leo Hanau, die erste Geige im Aufsichtsrath. Zugleich war er ein wüster Spekulant in Kuxen und Theilnehmer an den waghalsigsten und zweifelhaftesten Unternehmungen. Als ihn das Schicksal ereilte, war die Rheinische Bank am schwersten in Mitleidenschaft gezogen. Der Kurs ihrer Aktien sank unter die Hälfte des Nennwertes; endlich brachten beihilfige und andere Banken einen Garantiefonds von drei Millionen Mark für die schwebenden Wechselverbindlichkeiten auf.

Dann trachtete es im Hause Jakob Landau in Breslau, weiter in der Breslauer Diskontobank, deren Verwaltung zu den Landau's in den intimsten verwandtschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen stand. Ueberraschend kam die letzte Nachricht nicht, da der Bank seit dem Leipziger Krach erhebliche Beträge an Depositionen entzogen und auch andere Schwierigkeiten hervorgerufen waren, die sich aus der übereifrigen Gründungs- und Emissionsfähigkeit des Instituts im Laufe der letzten Jahre ergaben. Im Augenblicke stehen die Dinge so, daß eine Liquidation des Berliner Zweiggeschäfts, aber eine Erhaltung des Breslauer Geschäfts unter entsprechender Kapitalrückzahlung beabsichtigt wird. Die Börse war mit dem Ausgange der Affäre zufrieden, weil er unter Umständen hätte schlimmer sein und den Markt, der sich von den Schlägen der letzten Zeit einigermaßen erholt hat, von Neuem veröden lassen.

Man athmete ordentlich auf, als der A. Schaaffhausen'sche Bankverein, der in engler Verbindung mit der rheinisch-westfälischen Industrie steht, eine befriedigende Halbjahresbilanz veröffentlichten konnte.

Dagegen hat die Schuldertaffäre den Glauben an die Elektrizitätsindustrie weiter stark erschüttert. Man weiß jetzt, daß die Münchener Gesellschaft mit nicht weniger als elf Millionen Mark in Bosnien an den Jaic'er Werken engagirt ist. Das hatte die Verwaltung aber nicht gehindert, optimistische Bilder von der Geschäftslage zu entwerfen und Dividenden und Lantimehen von staatlicher Höhe festzusetzen. Dann kam der Kasseler Trebertrocknungs- und der Bösnische Holzbestillationskrach. So nahm man denn die Dividendengewährung zurück, ließ jedoch den Aufsichtsräten ihren sauer verdienten Lohn. Die Aktionäre waren auffällig genug, ihrem empörten Gleichheits- und Gerechtigkeitsgefühl Luft zu machen. So „stundete“ dann der Vorstand seine Lantimehen-Ansprüche, schließlich „verzichtete“ er nothgedrungen ganz. Das Publikum hat aber nunmehr einen Blick hinter die Kulissen der Elektrizitätsindustrie gethan, die die Thätigkeit großer Produktionsunternehmungen mit der großen Gründungsbanken vereinigt. Die Gefahren einer solchen Verbindung sind bei absteigendem Wirtschaftsgang in die Augen fallend; das Mißtrauen hat somit rasch um sich gegriffen.

**Gründungsstatistik.** Nachdem der „Deutsche Oekonomist“ für das erste Halbjahr 1901 seine bekannte Aufstellung über die Gründungsthätigkeit in Deutschland veröffentlicht hat, geben wir auch hier einen Auszug daraus. Der Rückgang in den Ziffern gegen 1900 ist ein so bemerkenswerther, als auch die erste Hälfte 1900 bereits weit gegen 1899 zurückgeblieben war.

Die Gründungsthätigkeit für Januar bis Ende Juni 1901 umfaßte insgesamt nur 91 Objekte gegen 164 im gleichen Abschnitt 1900, 182 vor zwei, 179 vor drei und 108 Objekte vor vier Jahren. Das Gründungskapital belief sich diesmal auf 94,50 Millionen Mark gegen 217,01 Millionen Mark in der gleichen Zeit vor einem Jahre, 252,75 Millionen Mark vor zwei, 244,51 Millionen Mark vor drei und 131,58 Millionen Mark vor vier Jahren. Der Rückgang im Kapital ist somit noch ansehnlich größer als in der Zahl der Gründungen. Im ganzen Jahr 1900 waren insgesamt 261 Mitengesellschaften mit 440,46 Millionen Mark Grundkapital errichtet worden, 1899: 364 mit 234,39 Millionen Mark, 1898: 329 mit 463,62 Millionen Mark, 1897: 254 mit 180,47 Millionen Mark, 1896: 182 mit 268,58 Millionen Mark, 1895: 161 mit 550,68 Millionen Mark, 1894: 92 mit 88,36 Millionen Mark, 1893: 95 mit 77,26 Millionen Mark, 1892: 127 mit 79,82 Millionen Mark, 1891: 160 mit 90,24 Millionen Mark, 1890: 236 mit 271 Millionen Mark, und 1889: 360 mit 402,54 Millionen Mark. Das in jeder Gesellschaft investirte Durchschnittskapital ist gegen das Vorjahr weiter beträchtlich zurückgegangen. Es betrug im ersten Halbjahr 1901: 1,04 Millionen Mark (1900: 1,32 Millionen Mark, 1899: 1,39 Millionen Mark, 1898: 1,37 Millionen Mark, 1897: 1,22 Millionen Mark, 1896: 1,50 Millionen Mark). Wie sich die neu gegründeten Gesellschaften auf die einzelnen Zweige der Unternehmungen vertheilen, zeigt folgende Uebersicht:

	Zahl		Kapital (Millionen Mark)			
	1901	1900	1899	1901	1900	1899
Metallerwerb, Masch. ....	12	35	32	13,79	65,75	50,55
Steine und Erden .....	11	21	15	11,32	16,19	14,58
Brauereien .....	8	18	15	6,30	13,52	10,41
Baugewerbe .....	4	18	10	3,78	27,00	20,90
Legitimität .....	5	12	5	8,70	20,77	5,96
Elektrizitäts-Gesellsch. ....	5	10	22	3,94	17,77	23,92
Papier, Leder, Holz .....	4	9	9	3,80	10,41	8,16
Transport-Mittel .....	5	9	14	16,40	13,77	15,74
Chemische Industrie .....	8	6	8	3,09	7,85	6,39
Bergbau, Hütten, Salinen	4	6	6	9,70	10,07	18,84
Nahrungs- u. Genussmittel	6	5	7	4,13	15,83	20,51
Banken .....	4	3	11	8,00	2,05	27,86
Versicherungs-Gesellschaft.	1	—	2	2,00	—	2,30
Poligraphisches Gewerbe .	1	3	4	0,10	3,15	7,51
Beherbergung u. Erquickung	2	3	3	0,47	3,14	3,32
Landwirthschaft .....	1	1	—	5,00	1,10	—
Diverse .....	10	6	13	3,60	2,18	16,03

Darnach stehen der Zahl nach auch diesmal noch die Gründungen der Metall- und Maschinen-Industrie an erster Stelle, während im Kapitalumfang die des Transportgewerbes vorangehen, aber der Rückgang ist gerade bei dieser ersten Gruppe, absolut wie relativ, am stärksten.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

**Generalstreik der Flaschenarbeiter.** Der Vorstand des Glasarbeiterverbandes veröffentlicht im „Vorwärts“ Nachstehendes:

Im Generalstreik der Flaschenarbeiter ist eine Aenderung noch nicht eingetreten. Die Unterhandlung des Fabrikanten von Brunschhausen konnte zu keinem Resultat führen, weil sich derselbe entschieden weigerte, Arbeiter von Nienburg einzustellen. Es sei hierzu bemerkt, daß der Beamte ausdrücklich erklärte, daß, wenn alle dortigen Arbeiter eingestellt würden, trotzdem noch 25 Arbeitsplätze frei seien, jedoch könne von der Einstellung Nienburger Arbeiter keine Rede sein. Es ist jedoch die Hauptbedingung, an der die Organisation festhalten muß, daß die Nienburger und Schauensteiner eingestellt werden, denn gerade deshalb ist der Kampf entbrannt.

Die Haltung der Streikenden ist an allen Orten fest, es gelingt den Fabrikanten trotz Aufbietung aller Mittel nicht, die Kämpfenden wankelmüthig zu machen. Von den Streikenden ist bis jetzt, nach vier Wochen währendem Kampf, noch nicht ein Kollege abgefallen. Ganz besonders bewundernswürdig ist die Haltung der Arbeiter in Gerresheim, denn in der dortigen Fabrik waren Angehörige verschiedener Nationen beschäftigt, und es war deshalb schwer, allen die allgemeine Lage verständlich zu machen. Eine feste Haltung nehmen die Kollegen in der Fabrik von Porta-Westphalia, ebenfalls Gehe gehörig, ein. Die Bekanntheit, daß Gehe den dortigen Betrieb, in dem 380 Glasarbeiter beschäftigt werden, liegen lassen will, wurde in der Versammlung mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommen. Die Einmüthigkeit der Kämpfenden ist also nicht zu fördern. Das Unternehmertum ist deshalb nach dem Ausland gegangen, um sich Flaschen anfertigen zu lassen. Die Herren haben aber die Rechnung ohne die deutschen Glasarbeiter gemacht. Die Firma in Brackwede sandte zehn Formen der Brauerei Küper in Elberfeld nach Klein-Auzed in Böhmen, um Flaschen anfertigen zu lassen. Mit der größten Einmüthigkeit verweigerten die dortigen Kollegen die Arbeit und so mußten die Formen zurückgeschickt werden. Die Schultzeiß-Brauerei hat größere Aufträge an eine Fabrik abgegeben, die nicht dem Ring der Fabrikanten angehört und in der die Forderungen der Arbeiter bewilligt sind. Es wäre jedoch der genannten Brauerei zu empfehlen, darauf hinzuwirken, daß der Streik durch Einstellung von Nienburger Arbeitern in Dinghütten beigelegt wird.

Eine Schwierigkeit für die Streikenden ist noch immer die leidige Wohnungsnoth. Am 1. September müssen an verschiedenen Orten wieder Wohnungen geräumt werden, jedoch ist schon Ersatz geschaffen und für die Umzugskosten ist bereits gesorgt worden. Wenn die Unterstützung durch die gesammte Arbeitererschaft nach wie vor eine gute ist, dann muß der Glasarbeiterchaft der Sieg werden. Hat aber die Organisation den Sieg erungen, dann wird dieselbe es auch der gesammten Arbeitererschaft nie vermissen, welche Unterstützung ihr zu Theil geworden ist. Der Arbeiterpartei werden durch diesen Sieg dann Tausende neuer Streiter zugeführt werden.

## Literarisches.

Auf dem Gebiete der billigen Unterhaltungsliteratur zeigen die uns eben zugegangenen Zeitschriften-Hefte 28—33 der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ wiederum, daß sie sowohl in Bezug auf Inhalt wie Illustration für Arbeiterkreise bestens empfohlen werden können. Sie enthalten die Fortsetzung der Romane „Die Islandfischer“ und „Dombey und Sohn“, und wir rathen unseren Lesern, Probehefte, die zum Zweck des Nachbezuges durch jeden Kolporteur zu beziehen sind, zu verlangen und sich selbst von der Güte dieser Romanbibliothek zu überzeugen. Alle Hefte des laufenden Jahrganges von 1 an mit dem Beginn des Didens'schen Romans „Dombey“ können noch nachbezogen werden, ebenso von Heft 27 an, in dem die „Islandfischer“ ihren Anfang nehmen.

„Süddeutscher Postillon“. Die soeben erscheinende Nr. 17 bietet trotz der sauren Gurkenzeit und der Hundstage reichen Stoff. Das Titelbild zeigt den berüchtigten Zolltarif. Der ohnehin schon feste Agrarführer darf die Wurst nicht fressen, denn Michel holt die Hundspeische „Reichstag“. Möge es wahr werden! Das Schlussbild ist eine gebiegene Darstellung unseres europäischen Sklavenlebens. Von den übrigen Bildern heben wir das Thierbild ohne Worte hervor: Eine starke rothe Schlange, auf dem Haupte fed das Hütchen mit einer mächtigen roten Feder, hat sich auf sich selbst erhoben und packt scharf den mit einer fünfzackigen Krone geziereten wohlbeleibten Frosch. Aus dem Inhalt sei ein Preisauschreiben erwähnt: „Wie viel hat der Waldersee verdient, daß er Beding nicht eingenommen hat“, für dessen Beantwortung der „Süddeutsche Postillon“ drei Preise ansieht, „der schlechten Zeiten wegen“ wahrscheinlich aus seinem eigenen Magazin. Die Nummer kostet 10  $\text{M}$ .

Im obigen Verlag ist ferner erschienen: „Die Wohnungsfrage und die Sozialdemokratie“. Die Broschüre bietet in übersichtlicher Weise eine Zusammenfassung der verschiedenen Elemente der Wohnungsfrage.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 18 des 11. Jahrganges zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10  $\text{M}$ , durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1901 unter Nr. 2978) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55  $\text{M}$ ; unter Kreuzband 85  $\text{M}$ .

## Briefkasten der Redaktion.

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei. **Delitzsch, D. M.** Ihre Mittheilung über den Unfall in Benndorf traf etwas verspätet ein; wir haben bereits in Nr. 31 darauf Bezug genommen.

**Zahlskelle Jossen.** Sie können wegen Beleidigung klagen.

**Mürnberg, Unger.** Ihre Frage: „Was soll mit den Mitgliedern gemacht werden, die sich nicht an der Urabstimmung

betheiligt?“ beantworten wir Ihnen dahin: Ein Zwang, sich an der Urabstimmung zu betheiligen, konnte Niemanden auferlegt werden. Die Mitglieder, welche sich der Abstimmung enthielten, haben eben auf die Ausübung ihres Mitgliedsrechtes verzichtet. Wichtig war diese Enthaltung nicht, besser wäre es freilich gewesen, alle Mitglieder hätten sich an der Abstimmung betheiligt.

## Versammlungsanzeiger.

- Ahrensbüch.** Sonntag, den 8. September.
- Arheilgen.** Dienstag, den 3. September.
- Arneburg.** Sonnabend, den 7. September, im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“.
- Ashersleben.** Sonnabend, den 7. September, im „Goldenen Anter“, Düffernstraße.
- Aachen.** Sonntag, den 8. September, bei Engels, Promenadenstraße.
- Barleben.** Freitag, den 6. September, bei Schrader.
- Bergen a. N.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 3 Uhr, in der Herberge.
- Barmen.** Sonntag, den 8. September, bei Thiel, Parlamentsstraße 5.
- Bernburg.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 3 Uhr, im „Deutschen Haus“.
- Bremen.** Mittwoch, den 4. September, im Bremer Ballhaus, Abends 8 Uhr.
- Brackwede.** Sonntag, den 8. September, bei Wehmeier.
- Blankenburg.** Sonntag, den 8. September.
- Buchum.** Freitag, den 6. September, bei Forster, Mollkeplatz 12.
- Boizenburg.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 5 Uhr, im Vereinslokale.
- Brandenburg.** Mittwoch, den 4. September, in der Herberge, Wollenweberstraße.
- Braunschweig.** Dienstag, den 3. September, in der Zentralherberge, Werder 32.
- Bunzlau.** Sonnabend, den 7. September, im „Goldenen Stern“.
- Burg b. Magdeb.** Sonntag, den 8. September, Nachmittags 4 Uhr, in der Herberge.
- Diebrich.** Mittwoch, den 4. September, im Verbandslokale „Zum Kaiser Adolf“.
- Celle.** Mittwoch, den 4. Septer, Abends 8 Uhr.
- Cracau b. M.** Sonnabend, den 7. September, Abends 7 Uhr, bei Eisefeld.
- Darmstadt.** Montag, den 2. September, Abends 6 Uhr, in Cramer's Bierhallen, Dieburgstraße.
- Deffau.** Sonnabend, den 7. September, Ballstädterstr. 1.
- Dortmund.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 4 Uhr, bei Mühlhausen, 1. Kampstr. 77.
- Durlach.** Sonntag, den 8. September, im Gasthof „Zum Schwan“.
- Eilenburg.** Sonntag, den 8. September, Nachmittags 4 Uhr, im „Bergeller“.
- Essen a. d. R.** Sonntag, den 8. September, Vorm. 11 Uhr, bei Menke, Kasanienallee.
- Eisleben.** Mittwoch, den 4. September, Abends 8 Uhr, bei Herrmann, Lindenstraße 5.
- Flensburg.** Mittwoch, den 4. September, Abends 7 1/2 Uhr, bei Andresen, Fischerstraße.
- Frankfurt a. M.** Mittwoch, den 4. September, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Stolzestr. 13.
- Frankfurt a. d. O.** Dienstag, 3. September, Abends 8 Uhr, im „Vorwärts“.
- Frankenhausen.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 3 Uhr, im „Schützenhaus“.
- Friedrichshagen.** Dienstag, den 3. September, bei M. Verche, „Bürgeräle“.
- Fürth.** Sonntag, den 8. September, Vorm. 10 Uhr, bei Bick, Wassergasse.
- Göppingen.** Sonnabend, den 7. September, bei Karlse „Geißlinger Bierhalle“.
- Göttingen.** Montag, den 2. September, bei Bwe. Achilles, Neustadt 29.
- Grasdorf.** Sonntag, den 8. September, im Verbandsshause, Nr. 72.
- Greifswald.** Mittwoch, den 4. September, Abends 7 1/2 Uhr, bei Stähr, Kuhstr. 18.
- Grünberg.** Dienstag, den 8. September, Abends 7 Uhr, im „Goldenen Frieden“.
- Guben.** Mittwoch, den 4. September: Abends 7 Uhr, bei Knappe, Schöpnauerstr. 32.
- Graussee.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 4 Uhr, im Wagenthin'schen Lokale.
- Gwien.** Sonnabend, den 7. September, im Gasthof „Zur Sonne“.
- Goldberg.** Sonntag, den 8. September, Nachmittags 4 Uhr.
- Hagen i. W.** Sonntag, den 8. September, Vormittags 10 Uhr, bei Sachs, Puppenbergstr. 7.
- Halle a. d. S.** Dienstag, den 3. September, Abends 8 Uhr, bei Streicher, „Gasthaus zu den drei Königen“.
- Harburg.** Dienstag, 3. September, bei Lüffensholz, Bergstr. 7.
- Hastedt.** Sonntag, den 8. September, im Vereinslokale.
- Hufum.** Sonnabend, den 7. September, in der Herberge, Silberstraße.
- Hohendobeleben.** Sonntag, den 8. September, Abends 8 Uhr, bei Sigis.
- Herne.** Sonntag, den 8. September, bei Wittwe Bonum, Bochumerstraße.
- Jena.** Freitag, den 6. September, Abends 7 Uhr, im Restaurant „Moll“.
- Jümenau.** Dienstag, den 3. September.
- Juchow.** Dienstag, den 3. September, Abends 8 Uhr.
- Karlruhe.** Sonntag, den 8. September, Vormittags 10 Uhr, im „Auerhahn“.
- Kotta bei Dresden.** Sonnabend, den 7. September, in „Stadt Dresden“, Zahlabend.
- Königswusterhausen.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 4 Uhr, im „Siegerkrantz“, bei Lange.
- Kangensalza.** Dienstag, den 3. September.
- Kangensielau.** Mittwoch, den 4. September, im „Goldenen Frieden“, Neubielau.
- Kangendiebach.** Sonnabend, den 7. September, beim Gastwirth Göbel.
- Lehmin.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 2 Uhr, bei Bölle in Schwina.
- Ludwigshafen.** Sonntag, den 8. September, bei Zeuch.

**Abbe.** Donnerstag, den 5. September, Abends 8½ Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

**Leubnitz-Neu-Ostra.** Sonntag, den 8. September, Vorm. 10 Uhr, „Deutscher Höhe“.

**Magdeburg.** Dienstag, den 3. September, bei Müller, Tischlerkrugstr. 22.

**Mylau.** Sonntag, den 1. September, Vorm. 11 Uhr, in der „Deutschen Trinitzhalle“.

**Neubrandenburg.** Sonnabend, den 7. September, Abends 8 Uhr, bei Herrn Kreibitz, Jahnstraße.

**Obesloe.** Dienstag, den 3. September, bei Wm. Schlichter.

**Or-Otterleben.** Sonnabend, den 7. September, Abends 8 Uhr, bei Strumpf.

**Planen i. B.** Sonnabend, den 7. September, in der „Tulpe“.

**Plauenischer Grund.** Dienstag, den 3. September, bei Hauptold in Deuben, Bahlabend.

**Quersfurt.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 3 Uhr, im „Kronprinz“.

**Riebnitz.** Sonntag, den 8. September, Abends 8 Uhr.

**Roitzsch.** Sonntag, den 1. September, Nachm. 3 Uhr.

**Schwartau.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 4 Uhr, in Sternberg's Lokal, in Henkefeld.

**Schwelm.** Sonnabend, den 7. September, im Verbandslokale, bei Böhning.

**Sprenberg.** Mittwoch, den 4. September, bei Paul, Zehligstraße.

**Stargard i. B.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 4 Uhr, Rosenbergs 30.

**Stendal.** Sonntag, den 8. September, in der Herberge, Vogelstr. 17.

**Strasburg i. E.** Sonntag, den 8. September, Vorm. 10 Uhr, in „Stadt Mek“, Krutenau.

**Schwerte.** Dienstag, den 3. September, Abends 8½ Uhr, bei Hübener, Hiespohstr.

**Schmölln.** Sonnabend, den 7. September, in Grell's Restaurant.

**Stade.** Sonnabend, den 7. September, Abends 8 Uhr, in Stubi's „Livol“.

**Sommerfeld.** Dienstag, den 3. September, im Gasthof „Zur Krone“.

**Segeberg.** Sonnabend, den 7. September.

**Teltow.** Donnerstag, den 5. September.

**Tangermünde.** Sonnabend, den 7. September, Abends 8 Uhr.

**Wilster.** Sonnabend, den 7. September, Abends 8 Uhr, in der Herberge.

**Werder.** Sonnabend, den 7. September, im Martin'schen Lokale.

**Wittenberg.** Dienstag, den 3. September, Abends 8 Uhr, im „Großen Kurfürst“.

**Wolfsberg.** Sonntag, den 1. September, Nachm. 8½ Uhr, bei Friedemann.

**Wurzen.** Sonnabend, den 7. September, in „Stadt Wien“, Bahlabend.

**Witten a. d. R.** Sonnabend, den 7. September, bei A. Raabe, Oberstr. 17.

**Zeitz.** Sonnabend, den 7. September.

**Zwenkau.** Sonnabend, den 31. August, Bahlabend.

**Zuffenhausen.** Sonnabend, den 7. September, Abends 8 Uhr, bei Galt, „Zum Kirchhof“.

**Slomke's Städtebuch**  
für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Wegekarte von Deutschland und angrenz. Ländern. 356 Seiten, geb. M. 1,20. Zu beziehen d. alle Buchhandl. od. gegen Einsend. von M. 1,40 von G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

**Nur noch kurze Zeit kann der Praktische Zimmermann**  
von Baumeister Promnitz, 560 Seiten stark, mit 834 Abbild. 4 vierfarbigen Vorlagen als Gratiszugabe für M. 15 geliefert werden, es tritt jedoch zugleich mit einer Veränderung in der Beilage allein der Preis von M. 18 ein. Jedoch garantiert die unterzeichnete Buchhandlung auf alle sofort nach dem heut. Angebot aufgegebenen Bestellungen noch die Lieferung des anerkannt vorzüglichen Werkes zu dem geringen Preise von **M. 15** per Nachnahme mit 5 pZt. Rabatt oder in Teilzahlungen von monatl. M. 5 und hängt die Wiederholung dieser Offerte im Weiteren von den Verhältnissen ab.  
Versandbuchhandl. Arth. Gasch, Leipzig, Auerbach's Hof.

**Wolf's Praktische Ausführung der Treppen,**  
mit zusammenlegbaren Modellen von Gustav Wolf, denn der Verfasser, der selbst viele und selten vorkommende Treppen gebaut hat, giebt in demselben die Ausführung der einfachsten und schwierigsten Treppenarbeiten, genau wie dieselben vom Maschinenbau bis zur Fertigstellung in der Praxis nacheinander ausgeführt werden. Das Buch wird auch wegen der deutlichen Erklärung und der Modellfiguren, welche sich in ihrer Form ähnlich wie vierkantige Hölzer gestalten, überall sehr anerkannt und zum Preise von M. 6 gegen Nachnahme, direkt bezogen, stets franko geliefert. Bestellungen nimmt Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleußig, Deferstraße 12, selbst entgegen.

**Weltberühmte Hamburger Spezial-Artikel**  
für Maurer u. Zimmerer.  
Beste Arbeitsgarderoben.  
Prima Isländer.  
Verf. franco g. Nachn.  
Preisliste gratis.  
**Louis Mosberg,**  
Bielefeld,  
nur 44 Breitestr. 44,  
Ravennamarkt-Ecke.

**Zimmerleute brauchen keine Hosen mehr**  
für M. 15 zu kaufen, da ich prima Sammethosen und Westen für M. 14 liefere.  
Konfektionshaus  
**S. Wallhausen, Staßfurt.**  
Jeder Versuch lohnt!

**J. Blume & Co., Hamburg.**  
Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch-lebernen und Manchester Arbeits-Artikel u. Isländer Jacken.  
Muster und Preis-kourant gratis.  
**J. Blume & Co., Hamburg.**

**Verkehrslokale, Herbergen usw.**  
Altona. Verkehrslokal und Herberge b. Chr. Stevers, Bohndünenstr. 24. Dasselbst jeden Sonntagabend von 8-10 Uhr Abends Bahlabend.  
- G. Friedrichs, Gastwirtschaft und Klublokal, Gr. Bergstr. 170.  
Altona-Altentien. Joh. Hörmann, „Zur Clausshalle“, Clausstr. 84.  
Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Berlin und der Vororte: SO. Engelauer 15, Zimmer 32, Fernsprecher Amt VII, Nr. 789. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer in Berlin und Umgebung sind hier zu machen.  
- O. F. Wutsche, Krautstr. 36, Arbeitsvermittlung. Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 1, Sonntags 10-12 Uhr Vorm. Zentral-Krankentasse, Bezirk 3, Sonnabends 8-9 Uhr Abends u. Sonntags 9-12 Uhr Vorm.  
- SO. A. Wachmann, Ostendstr. 30a, Restaurant. Arbeitsvermittlung, Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 2, Sonntags Vorm. von 10-12 Uhr. Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse.  
- SW. Verbandslokal und Arbeitsnachweis für Bezirk 3 bei Nothe, Kreuzbergstr. 12, zugleich Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse, Sonntags Vorm. von 8-12 Uhr. Telefon: Amt VI, Nr. 4281.  
- W. A. Baack, Ballaststr. 16, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 4, Sonntags Vorm. von 10-12 Uhr, Montags Abends von 8-10 Uhr. Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse, Montags Abends von 8-10 Uhr.  
- N. Chr. Eigenfeld, Bergstr. 60, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 6, Sonntags Vorm. von 10 bis 12 Uhr. Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse.  
- N. F. Schumann, Hochstraße 32a, Restaurant. Verbandsbahnhofsstr. und Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse.  
- N. C. Raack, Weissenburgerstr. 55. Restaurant. Arbeitsnachweis, Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 8, Sonntags, Vorm. 10-12 Uhr. Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse, Bezirk 8, Sonnabends v. 8-10, Sonnt. v. 10-12 Uhr.  
- O. F. Robus, Restaurant, Algastr. 127. Bahnhofsstr. des Zentralverbandes, Bezirk 10. Jeden Sonntag Vormittag von 10-12 Uhr Entgegennahme der Beiträge.  
- S. F. Zolmann, Kottbuserdamm 4. Restaurant. Arbeitsnachweis, Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 12.  
- NW. A. Schoeller, Stromstr. 28. Verkehrslokal. Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 6. Jeden zweiten Sonntag im Monat von 10-12 Uhr Vorm. und jeden vierten Donnerstag im Monat Abds. von 8-10 Uhr.  
- NW. Karl Gutthelm, Birkenstr. 45. Verkehrslokal. Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 5. Jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats Abends von 8-10 Uhr. Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse.  
Bremen. Herberge und Verkehrslokal des Verbands, sowie Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse, Bahlabend am 1. Sonnabend eines jeden Monats bei Wempe, Kleine Straße 40.  
Breslau. Verkehrslokal und Bahnhofsstr. des Verbands und der Zentral-Krankentasse: Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17. Zentralherberge: „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.  
Charlottenburg. Dienstag nach dem 15. jedes Monats Versammlung und Bahlabend der Zentral-Krankentasse. Arbeitsvermittlung, Verkehrslokal und Zentralherberge bei Seber Bismarckstr. 74.  
- Verkehrslokal und Arbeitsvermittlung für Zimmerer bei A. Fischer, Behlendorfstr. 84, Ecke Krumme Straße.  
Eisenach. Verkehrslokal und Bahnhofsstr. des Verbands und der Zentral-Krankentasse bei W. Jettler, Wüggelheimerstraße. Am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats Versammlung dasselbst. Am 15. des ersten Monats im Quartal, Nachmittags 2 Uhr, Krankentasse.  
Darmstadt. Verkehrs- und Versammlungslokal, Herberge und Arbeitsnachweis, sowie Sonnabends Bahlabend der Zentral-Krankentasse bei Mühlhausen, 1. Kampstr. 77.  
Dresden. Verkehrslokal und Bahnhofsstr. des Verbands: Bezirk 1. Bürgerstraße, Palmstr. 1. Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse. Bezirk 3. Hausmann's Restaurant, Dreßgasse 8. Zugleich Zentralbureau der Zimmerer Dresdens und Umgebung. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Dresden und Umgebung sind hier zu machen.  
Bezirk 3 (Neustadt). Middel's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse.  
Bezirk 4 (Striesen). Restaurant Geyrold, Schandauerstr. 40.  
Bezirk 5 (Meiseln). Restaur. Kreuz, Konordienstraße. Geschäftskunden in allen Bahnhöfen sind jeden Sonnabend im Winter (Oktober-März) von 7-9 Uhr, im Sommer (April-September) von 8-10 Uhr Abends.  
Herberge: Gewerkschaftshaus „Germania“, Alst. Albrechtstraße.  
Düsseldorf. Verkehrslokal und Herberge Restaurant „Zur Krone“, Gundsrüderstraße 29.  
Dannover. Versammlungslokal und Zentralherberge Neuenstr. 29.  
Halle a. d. S. Herberge, Verkehrs- und Versammlungslokal bei Josef Streicher, Galtstr. „Zu den drei Königen“, Kleine Ulrichstr. 88. Arbeitsnachweis bei F. Grimm, Glauchaerstr. 76.  
Hamburg. Zentralherberge bei Hilmer, „Leffing-Gasse“, Gäusemarkt 55.  
Hamburg-Altstadt. Verkehrslokal bei A. Dose, Mohlenhofstr. 29/30. Am zweiten Dienstag eines jeden Monats, Abends 8½ Uhr, Zusammenkunft.  
Hamburg-Neustadt. Verkehrslokal b. Herman, Kaiser Wilhelmstr. 43, Telefon Amt I, Nr. 866. Am ersten Dienstag eines jeden Monats Zusammenkunft.  
Hamburg-Verstedt. Verkehrslokal bei Rudolf Überbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Eisstraße. Am Montag nach dem 1. eines jeden Monats Zusammenkunft.  
- D. Nitemeyer, Dehnstraße 129 (sonst Wandsbeterstraße geheßen), 1. Etage. Vermietung von Zimmererwerkzeug.  
Hamburg-Gilbeld. Verkehrslokal für Zimmerer bei F. Witten, Wandsbeter Chaussee 156. Am 2. Montag eines jeden Monats Zusammenkunft.  
Hamburg-Gimsbüttel. Wittwe Remde, Verkehrslokal, Belle-Alliancestr. 45. Jeden Sonnabend Bahlabend.  
Hamburg-St. Georg. Hermann Mauch, Ecke Bremerreihe und Steinthorweg, Verkehrslokal der Zimmerer, Auszahlung der Reiseunterstützung.  
Hamburg-Sammerbrook. Wth. Sammlende, Gothenstr. 58. Verkehrslokal. Am zweiten Sonnabend eines jeden Monats Zusammenkunft.  
Hamburg-Rothensbüttel. Verkehrslokal 25. Rolfs, Möhrenbamm 209. Am dritten Sonntag eines jeden Monats Zusammenkunft.  
Hamburg-St. Pauli. Verkehrslokal für Zimmerer bei Nicolaus Thams, Friedrichstr. 18.  
Hamburg-Ilhnenhorst. Leop. Gaedrich, Mozartstr. 17, Verkehrslokal für Zimmerer. Jeden Monat einmal Zusammenkunft.  
Hamburg-Winterhude. Wwe. Gerberg, Winterhuder Marktplatz 16. Verkehrslokal für Zimmerer. Jed. legt. Sonntag im Monat Zusammenkunft.  
Harburg. Versammlungslokal der Zimmerer und Zentralherberge bei Büßenhop, Grte Bergstr. 7.  
Heilbronn. Verkehrslokal und Herberge im Gasthof „Zur Rose“. Jeden Sonntag nach dem Bahlabend, Mittags 1 Uhr, Bahnhofsversammlung dortselbst, wo auch die Beiträge für die Zentral-Krankentasse entgegen genommen werden. Bahnhofsstr. des Verbands, Bezirk 1, Fabrikstr. 54.  
Jehow. Zimmererherberge u. Verkehrslokal bei Fr. Mehrstedt, Am Markt 2, Gasthof „Zur Aube“.  
Leipzig. Verkehrslokal, Arbeitsnachweis und Bahnhofsstr. II der Zentral-Krankentasse im Oesenthal bei G. Poyer, Duforstr. 36. Fremdenherberge und Bahnhofsstr. I der Zentral-Krankentasse im „Goldenen Ring“, Nicolaistr. 81. Bahnhofsstr. I der Zentral-Krankentasse bei Joseph Frigische, A. Reudnitz, Senefelderstr. 6. Verkehrslokal für Plagwitz-Indenau bei Zeitzer, Ecke der Weissenburger- und Werseburgerstraße.  
Lüben. Jeden Sonnabend und außerdem Mittwoch nach dem 1. u. 15. eines jeden Monats: Bahlabend in Kamp's Restaurant, Werneckerstr. 36.  
Lübeck. Verkehrslokal u. Herberge b. Spahemann, Sundestr. 101. Versammlung am Donnerstag nach dem 1. u. 15. jedes Monats im „Vereinshaus“, Johannestr. 50. Arbeitsnachw.: D. Sandt, Fischhauerstr. 90, 1. Et. Magdeburg. Verkehrslokal und Herberge bei H. Müller, Tischlerkrugstraße 22. Arbeitsnachweis Kl. Klosterstr. 15 und 16. Hier wird die Reiseunterstützung gezahlt.  
München. Verkehrs- und Versammlungslokal der Bahnhofsstr. des Verbands und der Zentral-Krankentasse Dultstr. 4, bei Rau. Jeden Sonntag werden Beiträge entgegen genommen.  
Pantow-Niederschönhausen. Verkehrslokal bei F. Sattler, Lindenstr. 1. Beiträge werden Sonntags nach dem 15. eines jeden Monats entgegen genommen. Gleichzeitig findet dann Versammlung statt.  
Rixdorf. Am Mittwoch nach dem 15. eines jeden Monats: Versammlung bei Werler, Steinmehstr. 112, Verkehrslokal u. Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse bei Adolf Müller, Steinmehstr. 103. Jeden Sonntag von 10-12 Uhr.  
Schwerin i. M. Verkehrs- und Versammlungslokal der Verbandsbahnhofsstr. und der Zentral-Krankentasse, Großer Moor 51, bei Herrn Semte.  
Stettin. Logirhaus, Verkehrslokal und Bahnhofsstr. des Verbands, sowie Bahnhofsstr. der Zentral-Krankentasse bei Robert Stelmacher, Bismarckstr. 10.  
Stuttgart. Verkehrs- und Versammlungslokal im Gewerkschaftshaus „Zum Goldenen Bären“, Eßlingerstr. 17/19.  
Wernigerode. Verkehrslokal und Herberge bei Fr. Stridde, „Zur Krone“, Stenburgerstraße.  
Wilhelmsburg. Verkehrslokal und Herberge beim Gastwirth Ad. Niedmann, Neuhofstr. Vogelbüttelheid 281.  
Wilhelmsheven. Verkehrslokal und Herberge im Vereins- und Konzertsaal „Zur Arche“ in Pant. Arbeitsnachw. bei Fr. Wotels, Grenzstr. 67.  
Worms. Verkehrslokal und Herberge, Auszahlung der Reiseunterstützung bei G. Hartart, „Speyerer Hof“, Speyererstr. 28.

**Anzeigen.**  
**Nachruf.**  
Am Mittwoch, 21. August, verstarb an den Folgen eines Baunfall'es unser treues Mitglied  
**Johann Wiese**  
im Alter von 45 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
[M. 8,60] Die Bahnhofsstelle Barmen.

**Zahnhalle Köln.**  
Am Sonntag, den 1. September, Vorm. 10½ Uhr, im Lokale „Zur Krone“, Gr. Griechenmarkt 16:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Wahl einiger Vorstandsmitglieder. 2. Die gegenwärtige Lage am Ort; Aufnahme einer Statistik. 3. Streitabrechnung. Alle Verbandskameraden werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen. [M. 1,10] Der Vorstand.

**Zahnhalle Magdeburg.**  
Am Dienstag, den 3. September, Abends 8 Uhr, bei Müller, Tischlerkrugstr. 28:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [90 A] Der Vorstand.  
Der Zimmerer Albert Hellfeld wird um Angabe seiner Adresse, wichtiger Familienverhältnisse halber, ersucht. [90 A] E. Hellfeld, Gotha.

**Zimmerer Deutschlands!** Isländer, prima, 2 B schwer, M. 6, Dresdener Zimmermannshose à Paar M. 4,50, 5 Paar M. 20, acht schwarze Sammethose M. 10, prima Lederhose, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2½ B schwer) M. 4,80, braune Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6, Sorte III M. 4,50, echte schwarze Sammetweste (Berlinterknöpfe) à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21, versendet überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie Preisliste.  
**Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4.**  
Versandhaus für Zimmerleute und Maurer.